

Positivere Beurteilung von EU und Euro

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2014). *Positivere Beurteilung von EU und Euro*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-458685>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Positivere Beurteilung von
EU und Euro**

INHALT

	Seite
WENIG SORGEN IN BEZUG AUF DIE WIRTSCHAFTLICHEN PERSPEKTIVEN	1
WESENTLICH GÜNSTIGERE EINSCHÄTZUNG DER STAATSFINANZEN	6
WACHSENDES VERTRAUEN IN DEN EURO	10
POSITIVERE SICHT DER EU	15
DIFFERENZIERTE VORSTELLUNGEN VON DER RICHTIGEN VERTEILUNG DER ZUSTÄNDIGKEITEN	19
DIE AGENDA DER BÜRGER FÜR DIE EU	26

TABELLEN-TEIL

	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN	Tabelle
----------	---------

Wirtschaftliche Lage

Konjunkturerwartungen für die kommenden sechs Monate	1
Rechnet man damit, dass es einem in fünf Jahren wirtschaftlich besser geht als heute?	2
Vergleich der eigenen wirtschaftlichen Lage mit der vor fünf Jahren	3
Bewertung der finanziellen Lage des Staates	4

Tabelle

Erfolg der Bundesregierung bei ihren Bemühungen zur Reduktion der Neuverschuldung	5
Wofür sollten die unerwarteten Steuermehreinnahmen verwendet werden?	6
Haben wir den schlimmsten Teil der Krise bereits hinter uns?	7
 <u>Europäische Union</u>	
Hat Deutschland durch seine EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile oder mehr Nachteile?	8
Zufriedenheit mit der Interessenvertretung Deutschlands durch die Bundesregierung in der Europäischen Union	9
Einschätzung des deutschen Einflusses in der EU	10
Aussagen zur EU, denen die Bevölkerung zustimmt.....	11 a-d
Was sollte in den Ländern der EU besser -	
• für alle Länder gleich geregelt werden	12 a,b
• jedes Land für sich allein regeln	13 a,b
Sollten die Länder der Euro-Zone in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die EU übertragen?	
• Ohne expliziten Hinweis auf Deutschland.....	14
• Mit explizitem Hinweis auf Deutschland	15
Angelegenheiten, um die sich die EU derzeit besonders kümmern sollte	16 a-d
Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung.....	17
Wie wichtig ist der Verbleib Großbritanniens in der EU?.....	18
Was ist für die EU besser: der Verbleib oder der Austritt Großbritanniens?.....	19
Bekanntheit des neuen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und Akzeptanz seiner Wahl	20 a,b
Interesse für Europapolitik.....	21
Interesse für das aktuelle Geschehen und aktuelle Entwicklungen in anderen Mitgliedsländern der EU	22
 <u>Europäische Währung</u>	
Wird es in 10 Jahren den Euro noch geben?.....	23

Tabelle

Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?	24
Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen?	25

Sorgen der Bevölkerung

Sorgenkatalog der Bevölkerung	26 a-d
Bieten die Verhältnisse in Deutschland Anlass zur Beunruhigung?	27

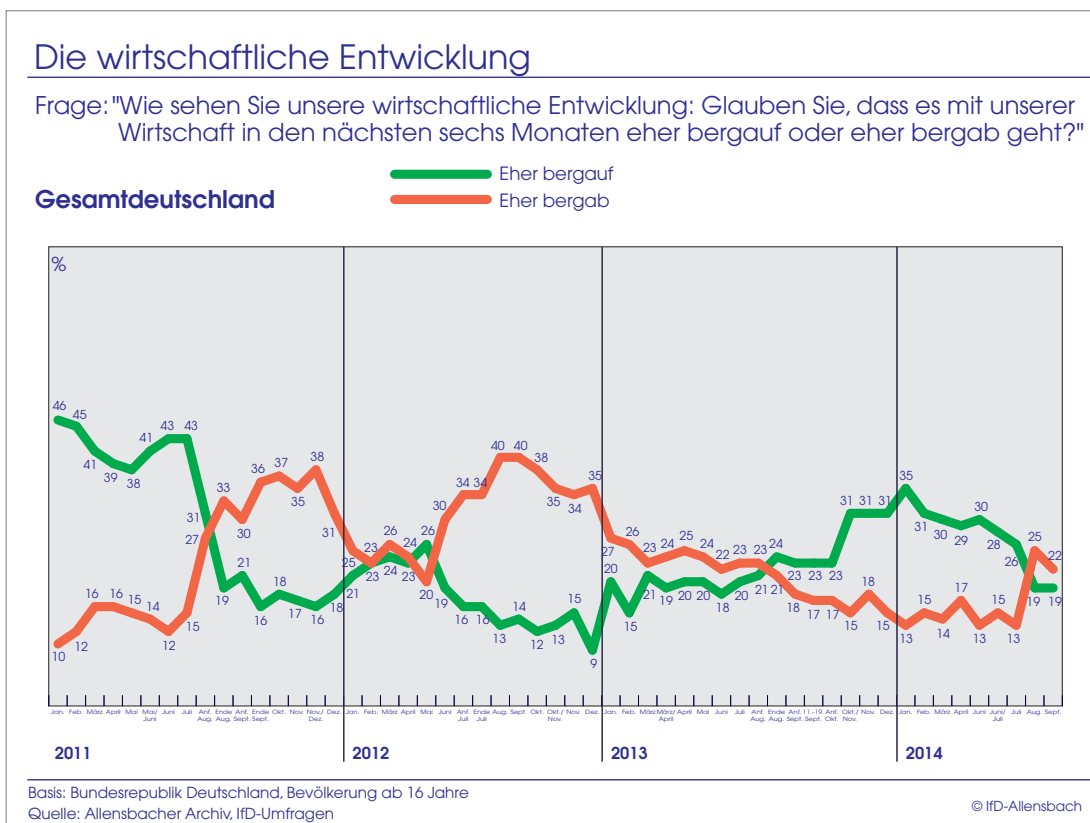
ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogenauszug mit Anlagen

WENIG SORGEN IN BEZUG AUF DIE WIRTSCHAFTLICHEN PERSPEKTIVEN

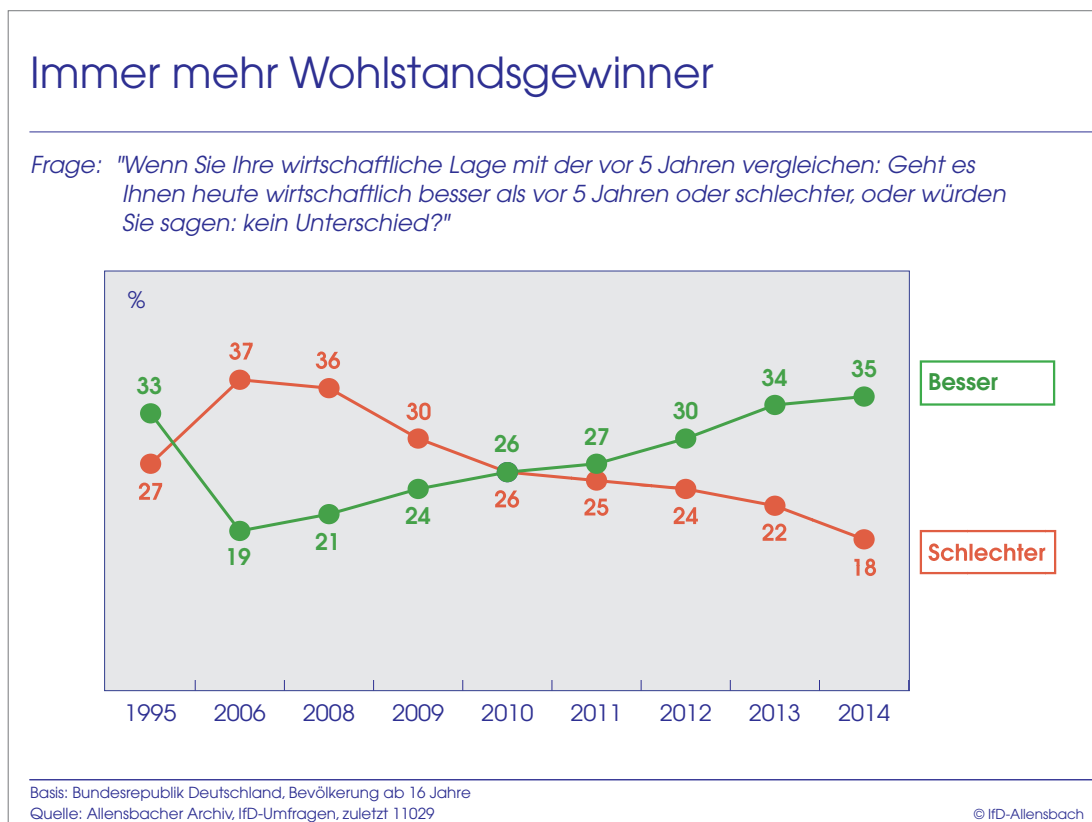
Die leichte Eintrübung der Konjunktur hat auch den wirtschaftlichen Optimismus der Bürger gedämpft. Zu Jahresbeginn waren noch 35 Prozent überzeugt, dass es in den nächsten sechs Monaten bergauf gehen wird, im Juni noch 30 Prozent, aktuell 19 Prozent. Die meisten rechnen jedoch nicht mit einem wirtschaftlichen Abwärtstrend, sondern mit einer weitgehend stabilen Konjunktur. So sind 49 Prozent überzeugt, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten von einer Seitwärtsbewegung geprägt ist, während lediglich 22 Prozent mit einer Verschlechterung der Konjunktur rechnen.

Schaubild 1



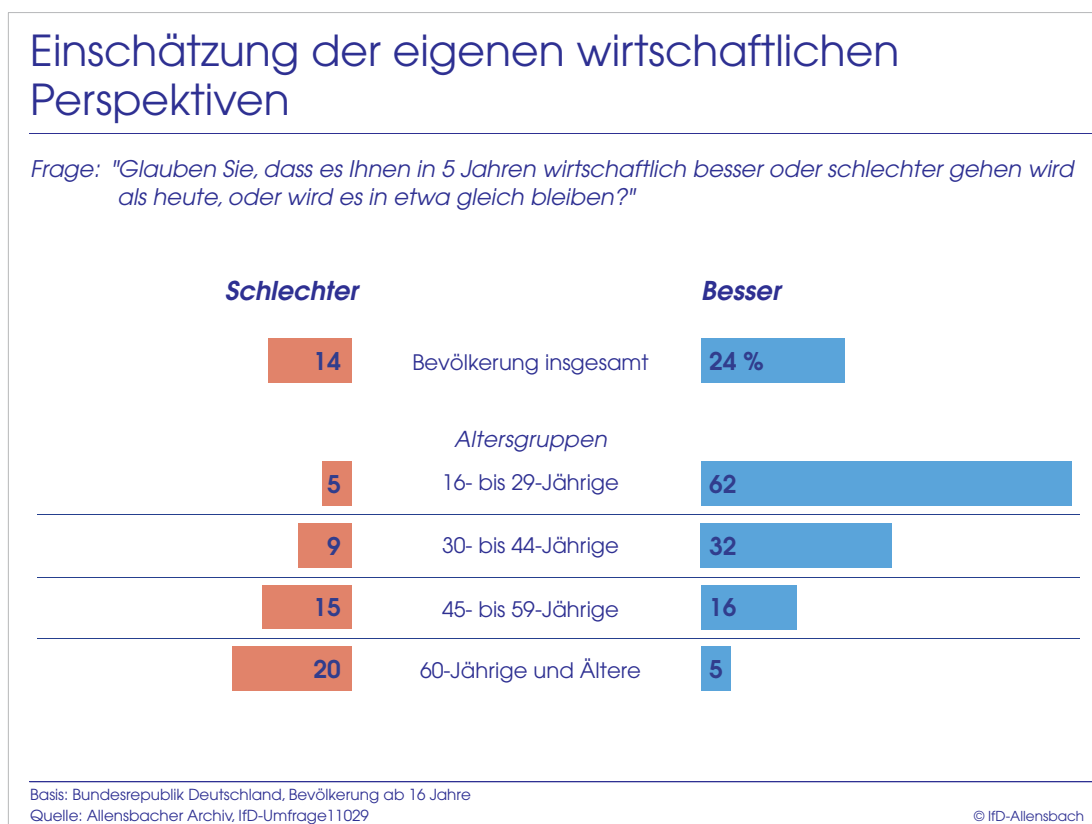
Die Bürger sind nicht zuletzt deshalb entspannt, weil der mittlerweile Jahre andauernde Aufschwung immer mehr Breitenwirkung entfaltet hat. Immer mehr Bürger ziehen die Bilanz, dass es ihnen heute besser geht als vor fünf Jahren, während immer weniger eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage konstatieren. 2010 waren die beiden Gruppen der Wohlstandsgewinner und Wohlstandsverlierer noch gleich groß: Jeweils ein Viertel der Bevölkerung berichtete von einer Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation bzw. von einer Verschlechterung. Mittlerweile ist der Kreis, der sich als Wohlstandsgewinner sieht, doppelt so groß wie der Anteil der Wohlstandsverlierer: 35 Prozent geht es heute besser als vor vier Jahren, 18 Prozent schlechter.

Schaubild 2



Für die kommenden Jahre geht die große Mehrheit davon aus, dass sich ihre wirtschaftliche Situation nicht nennenswert verändern wird. 51 Prozent sind davon überzeugt, während 24 Prozent eine Verbesserung ihrer finanziellen Verhältnisse erwarten, befürchten 14 Prozent eine Verschlechterung. Die Einschätzung der eigenen materiellen Zukunftsperspektiven ist vor allem eine Frage des Alters, aber auch der sozialen Schicht. Die oberen Sozialschichten schätzen ihre wirtschaftlichen Perspektiven signifikant besser ein als der Durchschnitt, die unteren Sozialschichten signifikant schlechter. Noch stärker als von der sozialen Schicht hängt die Einschätzung der eigenen Perspektiven jedoch von der Lebensphase ab: Von den Unter-30-Jährigen sind 62 Prozent überzeugt, dass es ihnen in fünf Jahren finanziell besser gehen wird als heute, von den 30- bis 44-Jährigen 32 Prozent, dagegen von den 60-Jährigen und Älteren lediglich 5 Prozent. In der älteren Generation ist der Kreis, der Wohlstandseinbußen befürchtet, viermal so groß wie der Kreis, der auf Wohlstandsgewinne hofft.

Schaubild 3

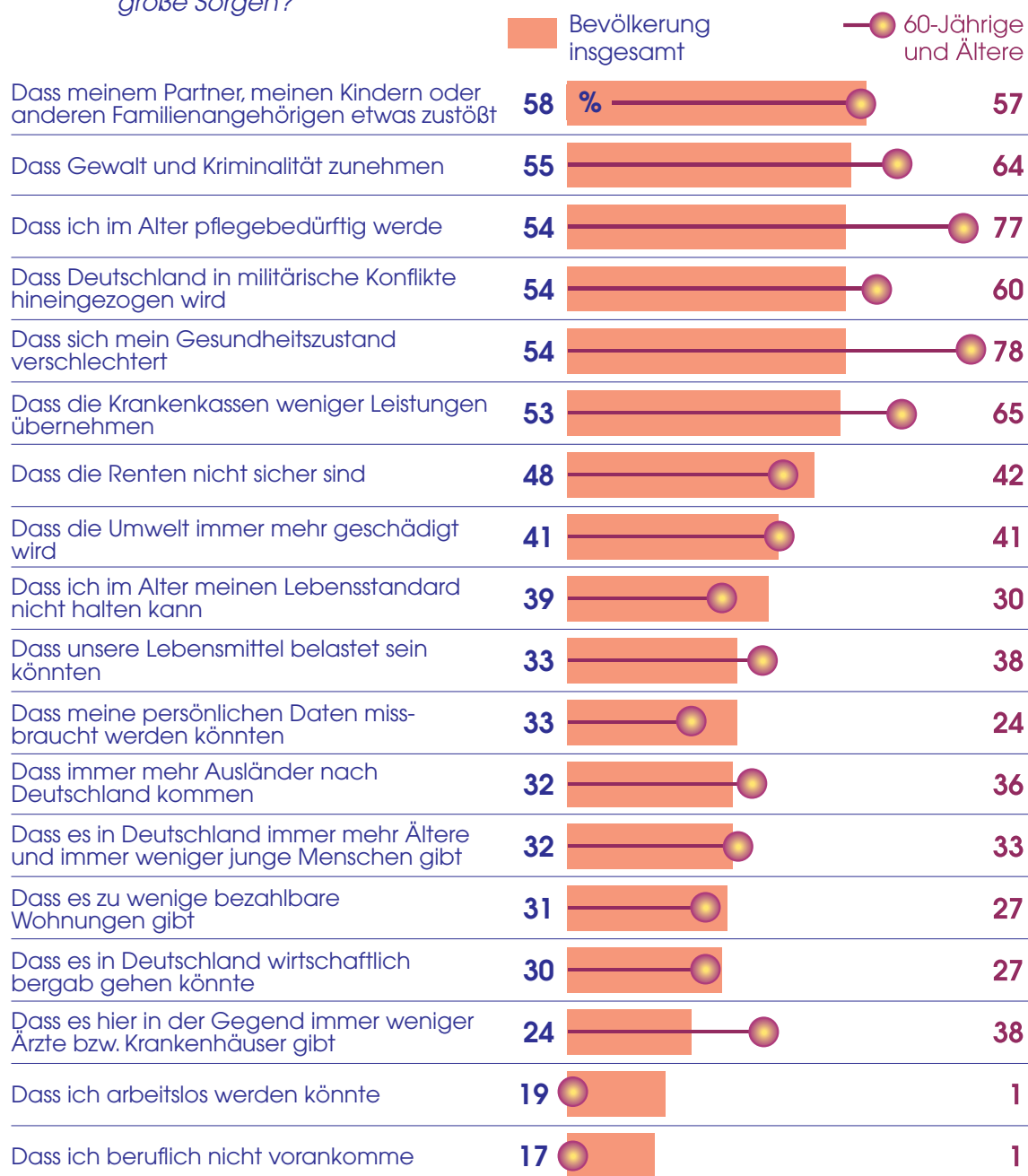


Auch die derzeitigen Sorgen der Bürger belegen, dass Befürchtungen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zurzeit von untergeordneter Bedeutung sind. Die Bürger sorgen sich in erster Linie um ihre Angehörigen, um den eigenen Gesundheitszustand und die langfristige Entwicklung des Gesundheitszustands, um die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und die Entwicklung der inneren und äußeren Sicherheit. So machen sich zurzeit 55 Prozent Sorgen, dass Gewalt und Kriminalität zunehmen, 54 Prozent, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte. 54 Prozent sorgen sich über die Perspektive, im Alter pflegebedürftig zu werden oder generell eine Verschlechterung des eigenen Gesundheitszustands zu erleben; gleichzeitig befürchten 53 Prozent, dass die Krankenkassen künftig weniger Leistungen übernehmen könnten, 48 Prozent, dass die Renten auf lange Sicht nicht gesichert sein könnten. Alles, was mit Beeinträchtigungen der Gesundheit, mit Pflegebedürftigkeit wie auch mit der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems zu tun hat, beunruhigt die ältere Generation weit überdurchschnittlich. So machen sich 77 Prozent Sorgen, sie könnten zu einem Pflegefall werden; zwei Drittel befürchten, dass die Kassen ihre Leistungen einschränken könnten.

Im Vergleich dazu beunruhigt die steigende Zuwanderung, die demografische Entwicklung, die Wohnraumverknappung oder ungünstigere wirtschaftliche Perspektiven nur eine Minderheit. 32 Prozent der Bürger beunruhigt zurzeit die steigende Zuwanderung, ebenso viele die demografische Entwicklung. 30 Prozent machen sich Sorgen, dass es in Deutschland wirtschaftlich bergab gehen könnte, 19 Prozent, dass man selbst durch den Verlust des Arbeitsplatzes betroffen ist. Dies sind zwar keineswegs vernachlässigbare Minderheiten, sondern durchaus beachtliche Größenordnungen. Trotzdem spielen wirtschaftliche Ängste zurzeit eine untergeordnete Rolle, ganz anders als in der Phase der Wachstumsschwäche vor zehn Jahren. Dagegen haben andere Ängste an Bedeutung gewonnen; insbesondere das Thema innere Sicherheit beschäftigt die Bevölkerung heute signifikant mehr als noch vor einigen Jahren.

Die Sorgen der Bürger

Frage: "Es soll einmal untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen. Ist hier etwas dabei, von dem auch Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11029

© IfD-Allensbach

WESENTLICH GÜNSTIGERE EINSCHÄTZUNG DER STAATSFINANZEN

Die kontinuierlichen Berichte über steigende Steuereinnahmen zeigen allmählich Wirkung. Während der Anteil der Bürger, die die Situation der Staatsfinanzen positiv einschätzen, zwischen 2011 und 2012 zwischen 19 und 35 Prozent oszillierte und 2013 bei 26 Prozent lag, ist jetzt ein Sprung auf 54 Prozent zu verzeichnen. 44 Prozent der Bevölkerung halten die finanzielle Lage des Staates für gut, weitere 10 Prozent sogar für sehr gut, nur noch 36 Prozent für schlecht.

Schaubild 5

Wesentlich positivere Einschätzung der Staatsfinanzen								
<i>Frage: "Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage Ihrer Meinung nach zurzeit ...?"</i>								
	Juni 2008	Sept. 2011	März 2012	Juli 2012	Nov. 2012	Dez. 2012	Feb. 2013	Sept. 2014
	%	%	%	%	%	%	%	%
"sehr gut"	5	1	2	1	3	4	3	10
"gut"	36	18	25	19	30	31	23	44
"nicht so gut"	37	48	46	50	44	43	48	28
"gar nicht gut"	15	29	22	23	17	18	19	8
Unentschieden, keine Angabe	7	4	5	7	6	4	7	10
	100	100	100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11029

© IfD-Allensbach

Genauso hat sich das Urteil über die Finanzpolitik der Bundesregierung gravierend verändert. Während sowohl 2012 wie 2013 nur rund ein Drittel der Bevölkerung

überzeugt waren, dass sich die Bundesregierung einigermaßen erfolgreich um eine Reduktion der Neuverschuldung bemüht, sehen das aktuell 50 Prozent. Die Anhänger sämtlicher Oppositionsparteien äußern sich hier kritischer, mit Abstand am kritischsten die Anhänger der AfD. Von ihnen bescheinigen lediglich 25 Prozent der Bundesregierung erfolgreiche Bemühungen um die Verminderung der Neuverschuldung, während sich 60 Prozent kritisch äußern.¹

Schaubild 6

Bessere Bilanz

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie erfolgreich bemüht sich die Bundesregierung darum, die Neuverschuldung zu reduzieren, also deutlich weniger neue Schulden aufzunehmen? Würden Sie sagen ...?"

	März 2012	Juli 2012	Nov. 2012	Dez. 2012	Feb. 2013	Sept. 2014
	%	%	%	%	%	%
"sehr erfolgreich"	2	1	2	2	2	5
"einigermaßen erfolgreich"	33	32	32	29	31	45
"nicht sehr erfolgreich"	44	45	43	47	44	30
"gar nicht erfolgreich"	14	14	15	15	13	7
Unentschieden, keine Angabe	7	8	8	7	10	13
	100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11029

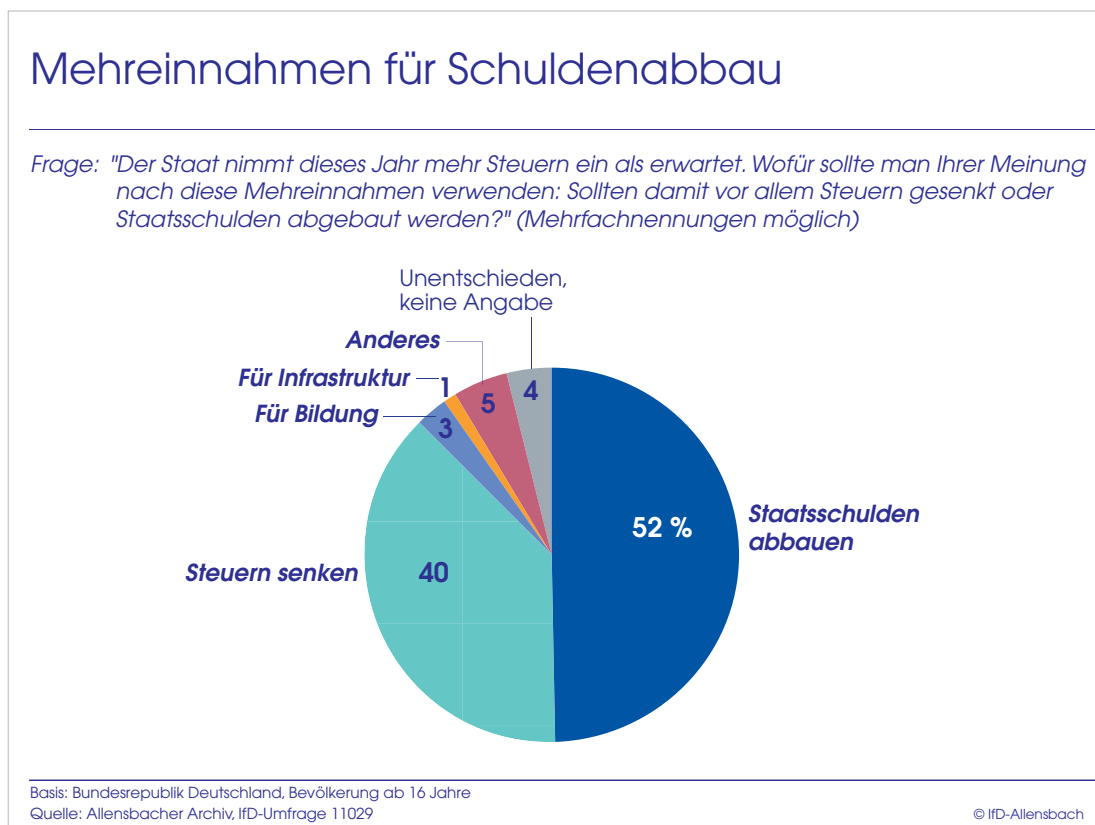
© IfD-Allensbach

Obwohl mittlerweile die Mehrheit überzeugt ist, dass sich die Staatsfinanzen in einer guten Situation befinden und die Neuverschuldung erfolgreich reduziert wird, ist der Schuldenabbau für die Mehrheit nach wie vor ein wichtiges Ziel. So plädiert die

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 5

Mehrheit dafür, die Steuermehreinnahmen eher für den weiteren Abbau der Staatsschulden einzusetzen als für Steuersenkungen. 52 Prozent sprechen sich dafür aus, mit Hilfe der Mehreinnahmen Staatsschulden abzubauen, während 40 Prozent Steuersenkungen den Vorrang einräumen. Ein Teil der Befragten mochte sich weder für die eine noch für die andere Alternative entscheiden, sondern plädierte dafür, die Mehreinnahmen für andere Zwecke einzusetzen, zum Beispiel für den Bildungssektor oder die Infrastruktur.

Schaubild 7



Die Präferenzen sind auch durchaus von eigenen Interessen geprägt. So plädieren die 60-Jährigen und Älteren überdurchschnittlich für den Abbau von Staatsschulden, während die 30- bis 44-Jährigen mit knapper Mehrheit Steuersenkungen favorisieren. Bemerkenswert ist auch die ausgeprägte Diskrepanz zwischen politisch Interessierten

und Desinteressierten: Von den politisch interessierten Bevölkerungskreisen sprechen sich 60 Prozent dafür aus, die Mehreinnahmen für den Schuldenabbau einzusetzen, von den desinteressierten dagegen nur 45 Prozent. Dagegen favorisieren politisch Desinteressierte weitaus mehr als politisch Interessierte Steuersenkungen.¹

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 6

WACHSENDES VERTRAUEN IN DEN EURO

Nach wie vor sind die Bürger unsicher, ob die Krise in der Euro-Zone wirklich ausgestanden ist. Lediglich 25 Prozent gehen davon aus, dass der schlimmste Teil der Krise hinter Europa liegt, während 30 Prozent befürchten, dass die Krise neu eskaliert. 45 Prozent der Bevölkerung trauen sich jedoch kein Urteil zu. Auch wenn dies ein sehr ambivalentes Stimmungsbild ist, war der Anteil der Bevölkerung, der eine neue Eskalation der Krise befürchtet, in den letzten zwei Jahren noch nie so gering wie heute. In der Jahresmitte 2012 stellten sich zwei Drittel der gesamten Bevölkerung auf eine Eskalation ein, auch ein Jahr später noch 55 Prozent. Seit der Jahresmitte 2013 gehen dann die Befürchtungen steil zurück. Zwischen Juni und September von 55 auf 38 Prozent. In diesem Jahr hat sich dieser Trend langsam weiter fortgesetzt.

Schaubild 8

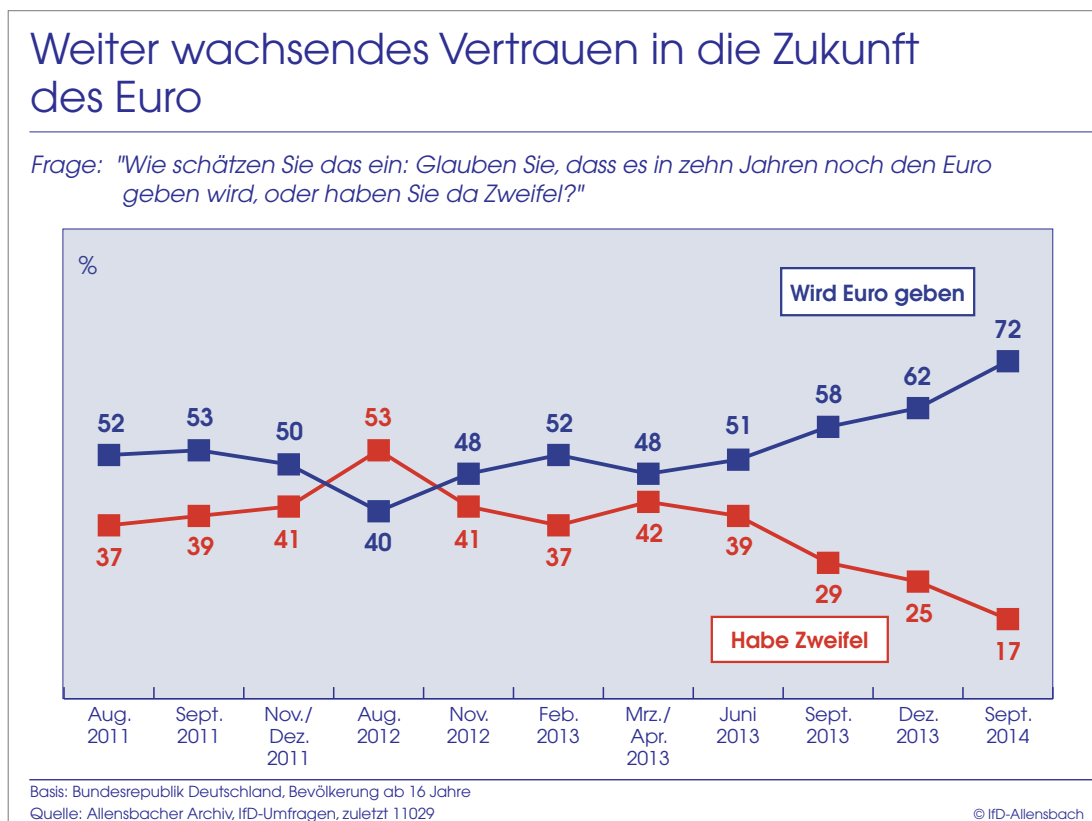
Sinkende Befürchtungen in Bezug auf eine neue Eskalation der Krise in der Euro-Zone								
<i>Frage: "Glauben Sie, dass wir den schlimmsten Teil der Krise der Euro-Zone bereits hinter uns haben, oder glauben Sie, dass das Schlimmste noch kommt?"</i>								
	Juli 2012	Nov. 2012	Feb. 2013	Juni 2013	Sept. 2013	Dez. 2013	Apr./ Mai 2014	Sept. 2014
	%	%	%	%	%	%	%	%
Bereits hinter uns	6	12	16	13	20	21	29	25
Das Schlimmste kommt noch	65	58	51	55	38	40	34	30
Unentschieden, keine Angabe	29	30	33	32	42	39	37	45
	100	100	100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen, zuletzt 11029

© IFD-Allensbach

Ganz bemerkenswert hat sich über die letzten Monate hinweg das Vertrauen in die Zukunft des Euro entwickelt. Im Juni 2013 waren erst 51 Prozent überzeugt, dass es den Euro in zehn Jahren noch geben wird, wenige Monate später 58 Prozent, Ende 2013 dann 62 Prozent und jetzt 72 Prozent. Noch nie war das Vertrauen in die Zukunft des Euro so groß wie jetzt. In den Jahren zuvor oszillierte der Anteil, der darauf vertraute, auch in zehn Jahren in Euro zahlen zu können, in der engen Bandbreite zwischen 40 und 53 Prozent. Es wirkt, als habe die Krise und die Entschlossenheit, mit der alle Mitgliedsländer in der Krise am Euro festhielten, viele Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Euro zerstreut.

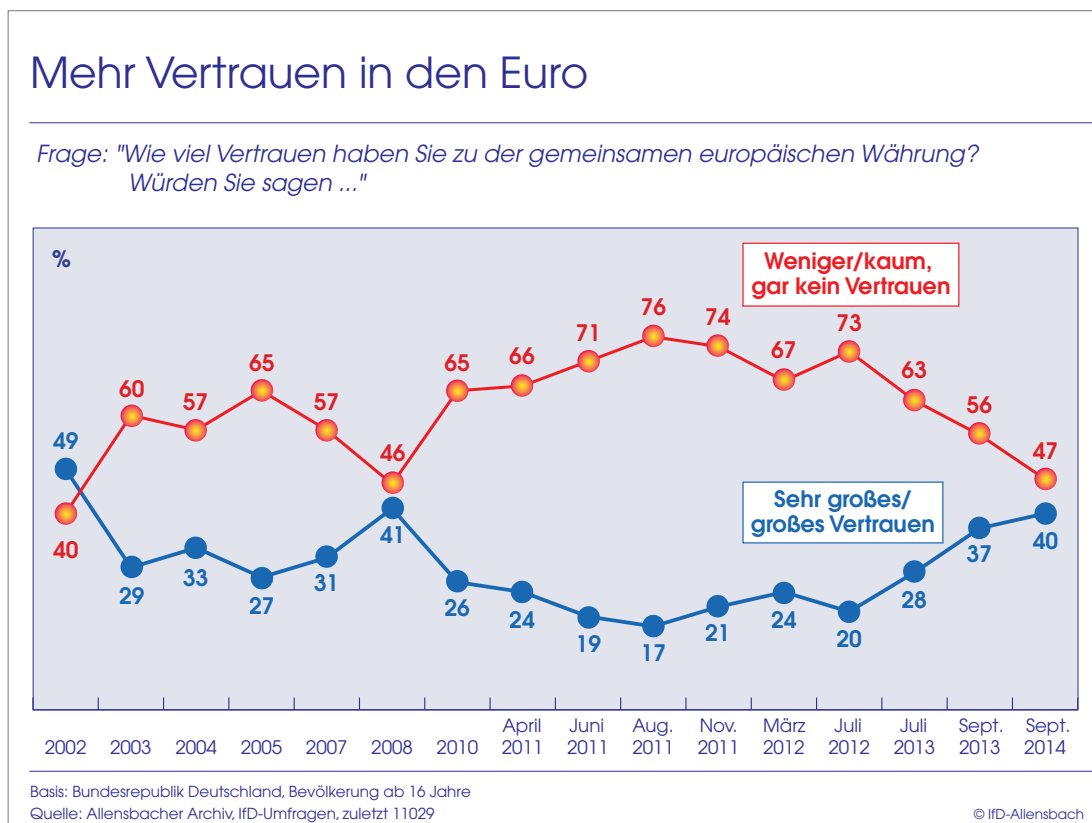
Schaubild 9



Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Euro ist nicht gleichzusetzen mit Vertrauen in die Währung. Nach wie vor gilt, dass die deutsche Bevölkerung in die europäische Währung weitaus weniger Vertrauen setzt, als sie das in Bezug auf die nationale

Währung tat. 40 Prozent der Bürger setzen derzeit großes Vertrauen in den Euro, 38 Prozent nur begrenztes Vertrauen und weitere 9 Prozent kaum bzw. gar kein Vertrauen. Auch hier hat sich das Stimmungsbild jedoch gravierend verändert. Vor zwei Jahren setzten 73 Prozent der Bevölkerung nur geringes Vertrauen in den Euro und nur 20 Prozent großes Vertrauen. Das Vertrauen bewegt sich jetzt wieder auf dem Niveau wie unmittelbar vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und lag nur unmittelbar nach der Einführung des Euro noch auf höherem Niveau.

Schaubild 10



Auch die Einschätzung, ob Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser oder schlechter dastehen würde, hat sich verändert. 2011, nach Ausbruch der Krise in der Euro-Zone, waren 40 Prozent der gesamten Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland mit einer nationalen Währung besser dastehen würde als im

europäischen Währungsverbund. Heute sind noch 22 Prozent dieser Auffassung. Allerdings glauben auch nur 24 Prozent, dass Deutschland mit einer nationalen Währung schlechter dastehen würde, während 33 Prozent davon ausgehen, dass es für die wirtschaftliche Position keinen Unterschied macht, ob Deutschland Mitglied im Währungsverbund ist oder eine nationale Währung hat. Wirtschaft und Politik schätzen den Wert des Euro für Deutschland völlig anders ein. Den Bürgern sind jedoch viele Zusammenhänge nicht bewusst, beispielsweise die Wirkung, die ein niedriger Euro auf die deutschen Exporte hat.

Schaubild 11

Wirtschaftliche Bedeutung des Euro

Frage: "Wie sehen Sie das: Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"

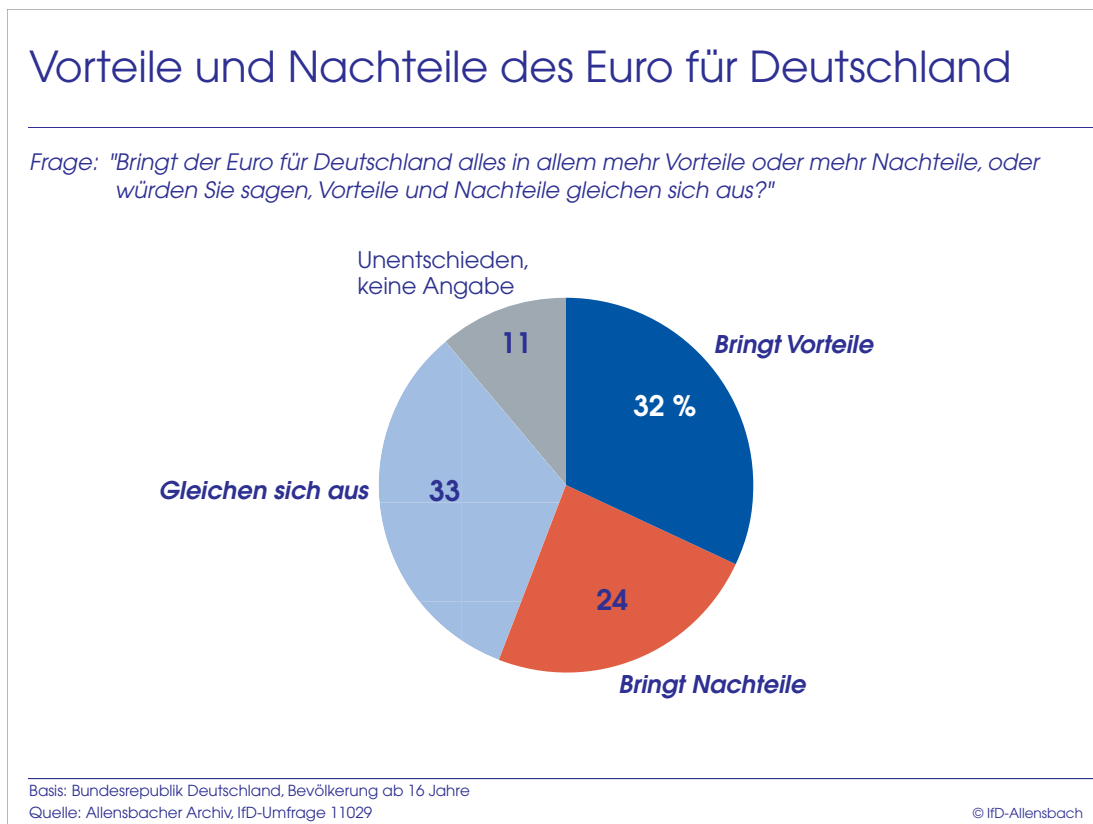
	2011	2013	2014
	%	%	%
Würde besser dastehen	40	19	22
Würde schlechter dastehen	15	34	24
Genauso gut	29	28	33
Unentschieden, weiß nicht	16	19	21
	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10066, 11013, 11029 © IfD-Allensbach

Wenn nicht auf die wirtschaftliche Position abgehoben wird, sondern auf die Bedeutung des Euro für Deutschland, fällt die Bilanz tendenziell positiver aus. So sind 32 Prozent der Bürger überzeugt, dass der Euro für Deutschland alles in allem

mehr Vorteile bringt, während 24 Prozent überwiegend Nachteile sehen und jeder Dritte überzeugt ist, dass Vor- und Nachteile sich ausgleichen. Wesentlich positiver wird der Wert des Euro von politisch interessierten Bevölkerungskreisen bilanziert. Von ihnen sind 41 Prozent überzeugt, dass der Euro für Deutschland überwiegend Vorteile mit sich bringt, während knapp jeder Fünfte mehr Nachteile sieht.¹

Schaubild 12

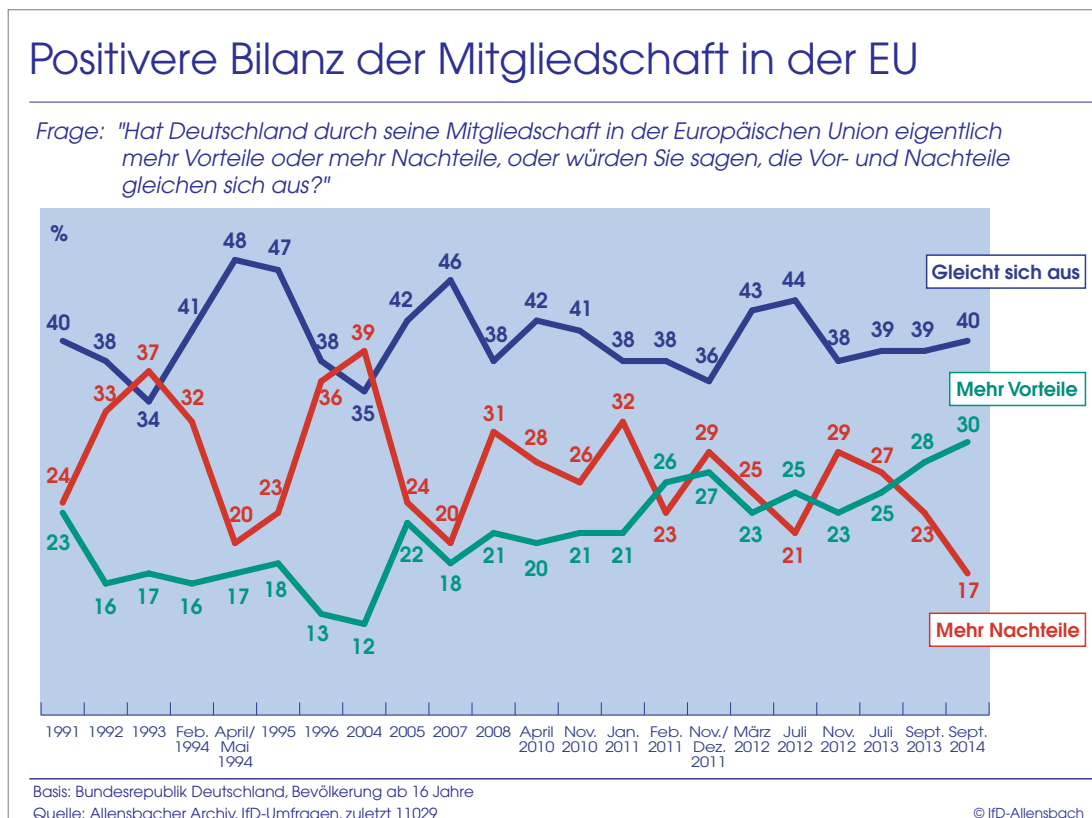


¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 24

POSITIVERE SICHT DER EU

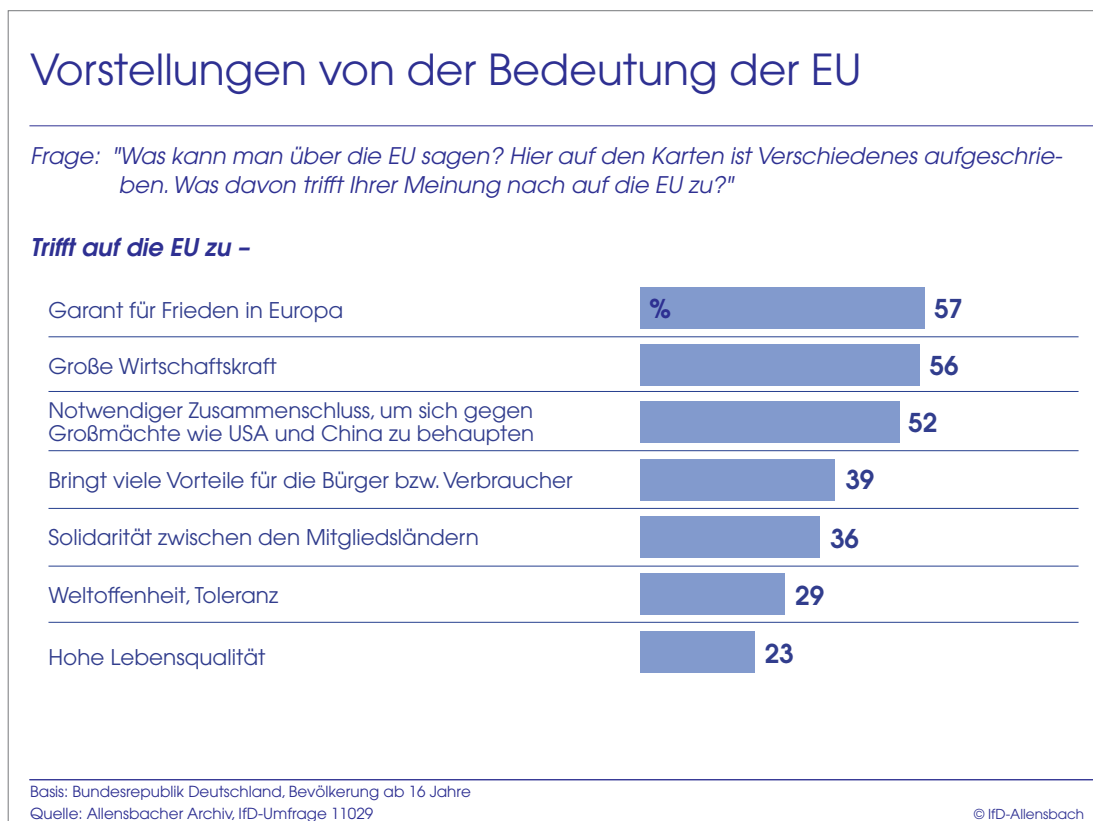
Nicht nur der Euro, sondern auch die Mitgliedschaft in der EU wird heute von den Bürgern positiver gesehen, als das in den letzten Jahren der Fall war. Zwar fällt auch hier das Urteil ambivalent aus: 30 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der EU Deutschland überwiegend Vorteile bringt, während 17 Prozent überwiegend Nachteile sehen und die größte Gruppe, 40 Prozent, überzeugt ist, dass sich Vorteile und Nachteile der Mitgliedschaft ausgleichen. Die Trendanalyse zeigt jedoch, dass der Anteil derjenigen, die überwiegend Vorteile sehen, über die letzten zwei Jahrzehnte noch nie so groß war wie zurzeit, und der Anteil derjenigen, die überwiegend Nachteile vermuten, so gering wie in diesen gut zwei Jahrzehnten nicht.

Schaubild 13



Nach wie vor steht die EU im Bewusstsein der Mehrheit für ein Friedensprojekt; die oft zu hörende These, dass dieses Konzept für die Bürger nach den langen Friedenszeiten an Bedeutung verloren hat, ist nicht haltbar. 57 Prozent sehen in der EU einen Garanten für den Frieden in Europa. Ähnlich viele assoziieren die EU mit großer Wirtschaftskraft; 52 Prozent sehen in ihr einen notwendigen Zusammenschluss, um sich gegen Großmächte wie die USA und China zu behaupten. Dagegen glaubt nur eine Minderheit, dass die EU für die Bürger bzw. Verbraucher viele Vorteile mit sich bringt – nur 39 Prozent sind davon überzeugt; noch deutlich weniger assoziieren die EU mit hoher Lebensqualität.

Schaubild 14



Nach wie vor ist die westdeutsche Bevölkerung mehr von dem Wert des europäischen Zusammenschlusses überzeugt als die ostdeutsche. So sehen 59 Prozent der Westdeutschen in der EU einen Garanten für den Frieden in Europa, aber

nur 48 Prozent der Ostdeutschen. 53 Prozent der Westdeutschen und 48 Prozent der Ostdeutschen sehen in der EU einen notwendigen Zusammenschluss, um sich gegen andere große Mächte zu behaupten. 41 Prozent der Westdeutschen sind auch überzeugt, dass die EU viele Vorteile für die Bürger bzw. Verbraucher mit sich bringt; eine Einschätzung, die nur 33 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung teilen.¹ Noch weitaus größer sind jedoch die Diskrepanzen in der Sichtweise der Anhänger der Regierungskoalition und der Oppositionsparteien. So sehen über 60 Prozent der Anhänger von CDU/CSU und SPD in der EU einen Garanten für den Frieden in Europa, dagegen nur 42 Prozent der Anhänger der Linken und 31 Prozent der AfD-Anhänger. Generell ist keine Gruppierung so wenig von dem Wert Europas überzeugt wie die Anhänger der AfD. So assoziieren auch nur 37 Prozent von ihnen die EU mit großer Wirtschaftskraft, ganze 20 Prozent mit Vorteilen für die Verbraucher.

Schaubild 15

	Anhänger von -					
	CDU/ CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	Alternat- tive für Deutsch- land
Trifft auf die EU zu -	%	%	%	%	%	%
Garant für Frieden in Europa	63	62	50	54	42	31
Große Wirtschaftskraft	61	58	46	53	47	37
Notwendiger Zusammenschluss, um sich gegen Großmächte wie USA und China zu behaupten	54	56	40	52	48	46
Bringt viele Vorteile für die Bürger bzw. Verbraucher	45	37	34	39	37	20
Solidarität zwischen den Mitgliedsländern	43	33	38	37	28	13

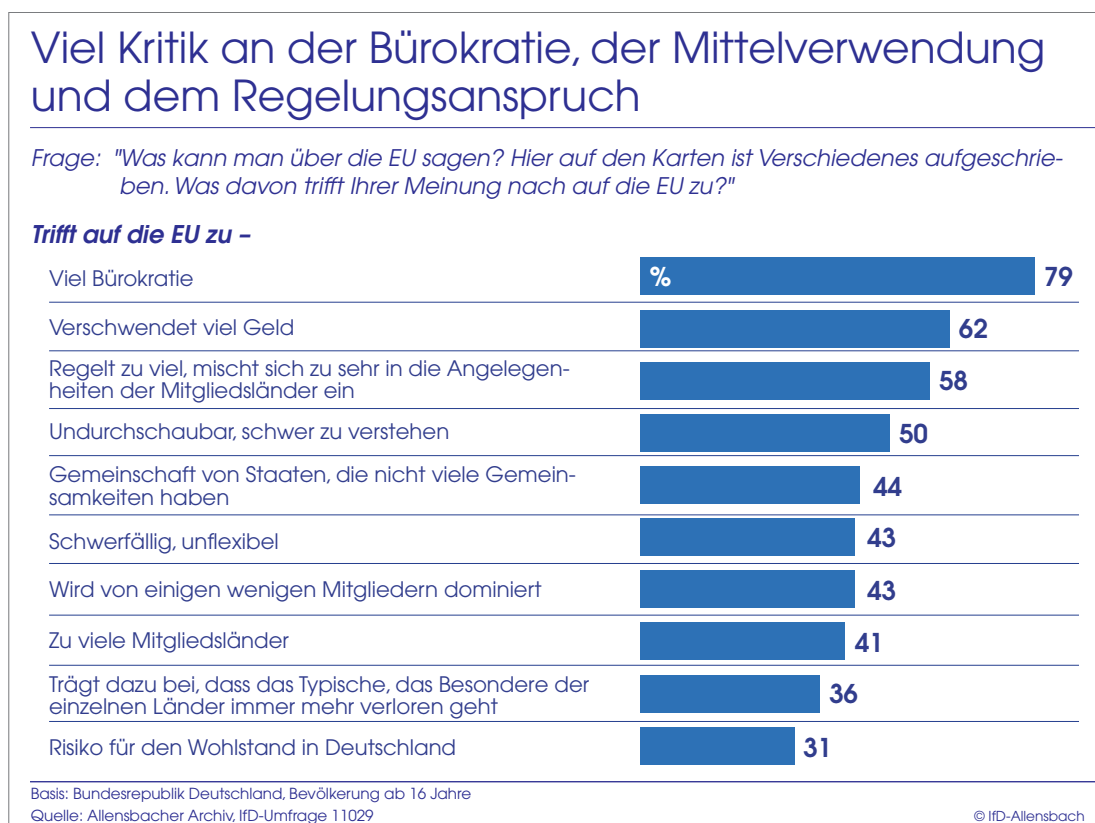
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11029

© IfD-Allensbach

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 11 a)

Die Kritik an der EU setzt vor allem an ihrer Bürokratie an, ihrer Mittelverwendung und ihrem Regelungsanspruch. 79 Prozent der Bürger assoziieren die EU mit viel Bürokratie, 62 Prozent mit Geldverschwendung; 58 Prozent werfen der EU vor, sie regle zu viel und mische sich zu sehr in die Angelegenheiten der Mitgliedsländer ein. Jeder Zweite hat auch das Gefühl, vor einem undurchschaubaren Gebilde zu stehen, das in seiner Komplexität nur schwer zu verstehen ist. 44 Prozent sehen in der EU eine Gemeinschaft von Staaten, die nicht viele Gemeinsamkeiten haben, und 41 Prozent fällen generell das Urteil, dass die Anzahl der Mitglieder mittlerweile zu groß geworden ist. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Bevölkerung befürchtet auch, dass die EU dazu beiträgt, dass die Eigenart der verschiedenen Mitgliedsländer immer mehr verloren gehen – 36 Prozent aller Bürger sind dieser Überzeugung.

Schaubild 16



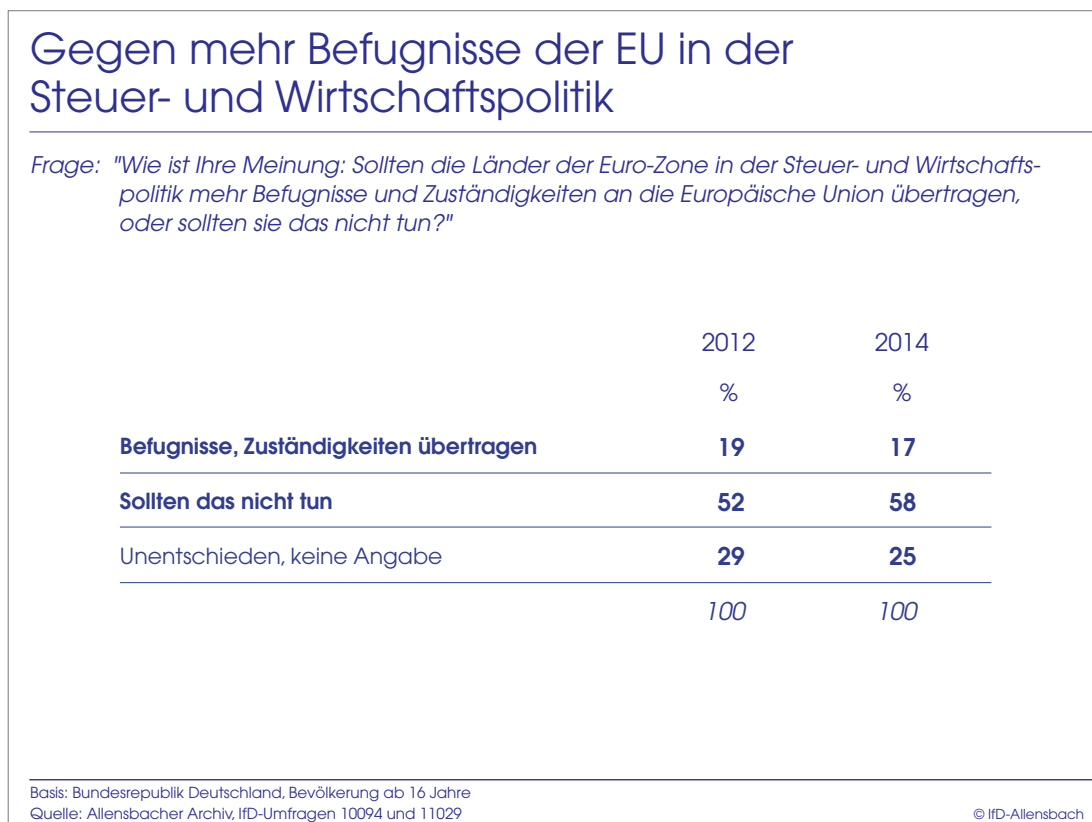
Kritische Stimmen zur EU sind in allen politischen Gruppierungen weit verbreitet, überdurchschnittlich bei den Anhängern der AfD.¹

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabellen 11 c/d)

DIFFERENZIERTE VORSTELLUNGEN VON DER RICHTIGEN VERTEILUNG DER ZUSTÄNDIGKEITEN

Im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement der letzten Jahre wurde immer wieder die Forderung erhoben, in der Steuer- und Finanzpolitik mehr Zuständigkeiten auf die europäische Ebene zu verlagern. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung kann sich dafür nicht erwärmen, heute noch weniger als vor zwei Jahren. Lediglich 17 Prozent halten es derzeit für richtig, auf diesen Feldern der EU mehr Kompetenzen zu übertragen, während sich 58 Prozent dagegen aussprechen.

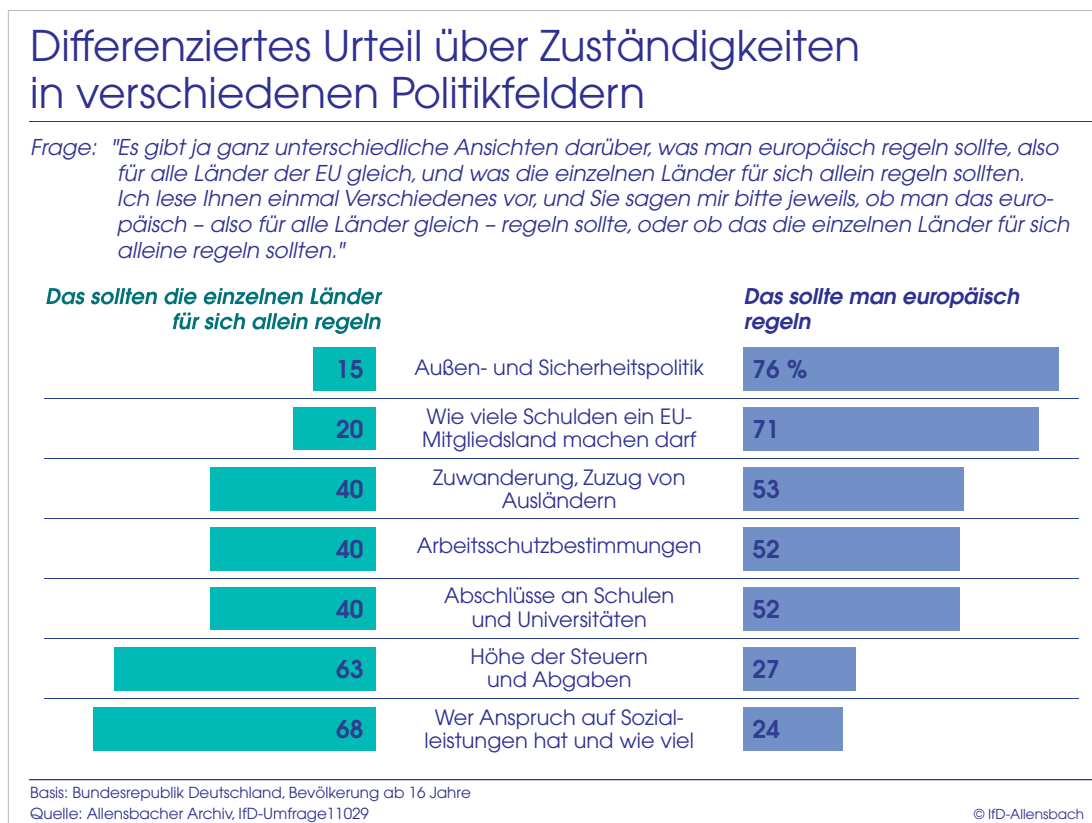
Schaubild 17



Das breite Plädoyer gegen eine europäische Fiskal- und Wirtschaftspolitik richtet sich primär gegen eine Festlegung von Steuern und Abgaben auf der EU-Ebene,

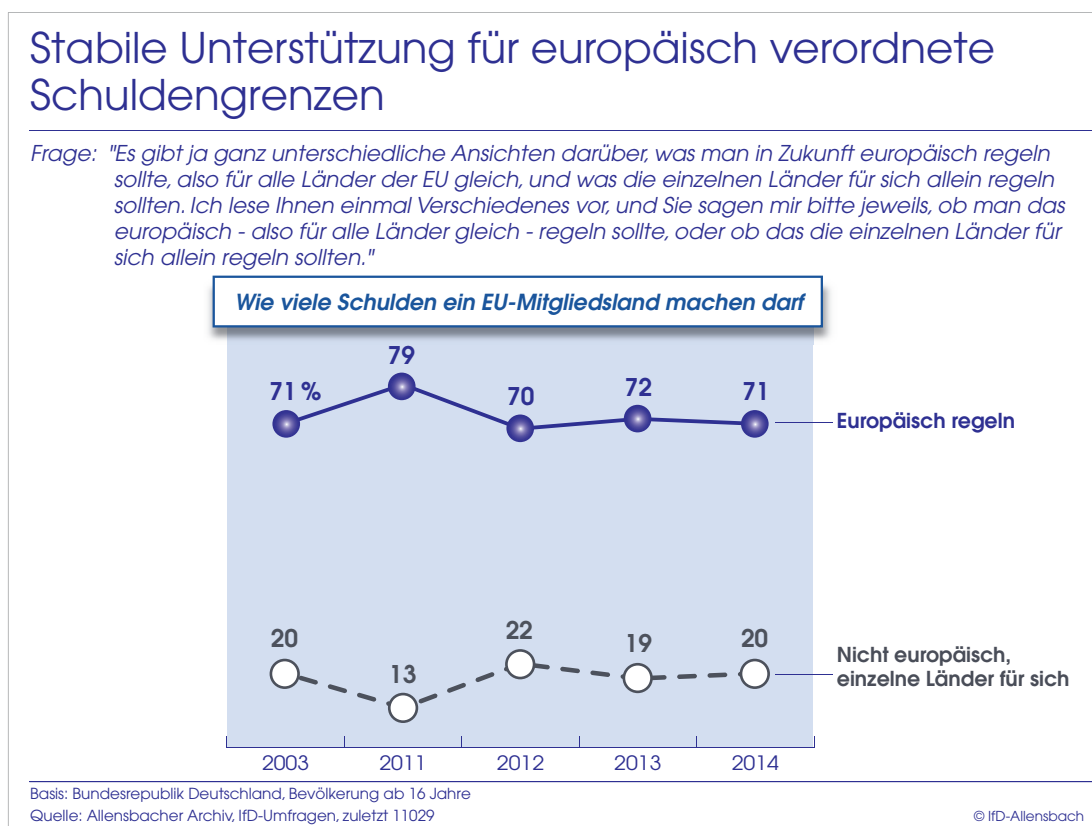
nicht gegen eine Regulierung der Verschuldung. Hier plädiert die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für eine europäische Regelung: 71 Prozent fordern, dass auf europäischer Ebene festgelegt werden sollte, wie viele Schulden ein EU-Mitgliedsland machen darf. Generell zeigt die differenziertere Frage, dass die Bürger auch durchaus eine differenzierte Einstellung zur Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene haben. So plädiert die überwältigende Mehrheit für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik, für die Festlegung von Verschuldungsgrenzen, eine einheitliche Regelung der Zuwanderung nach Europa sowie einheitliche Arbeitsschutzbestimmungen und Bildungsabschlüsse. Dagegen möchte die überwältigende Mehrheit die Festlegung von Steuern und Abgaben sowie von Ansprüchen auf Sozialleistungen in der nationalen Zuständigkeit belassen.

Schaubild 18



Die Vorstellung, dass Verschuldungsgrenzen am besten auf europäischer Ebene festgelegt werden, hat sich nicht erst im Zuge der Krise in der Euro-Zone herausgebildet. Vielmehr wurde diese Forderung bereits 2003 von 71 Prozent der Bevölkerung erhoben, genau wie heute. 2011, unter dem Eindruck des Ausbruchs der Krise in der Euro-Zone, stieg dieser Anteil kurzfristig auf 79 Prozent und bildete sich anschließend wieder auf um die 70 Prozent zurück.

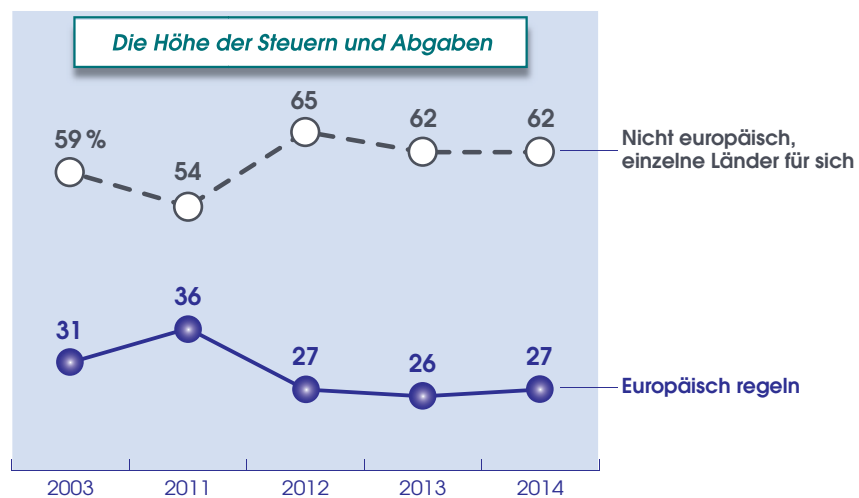
Schaubild 19



Genauso spricht sich die Mehrheit auch seit langem gegen eine europäische Regelung von Steuern und Abgaben aus. Auch hier gab es unter dem Eindruck der Krise 2011 kurzfristig einen Anstieg der Überzeugung, man müsse auch dies europäisch regeln; schon 2012 bildete sich diese Einschätzung jedoch wieder deutlich zurück und ist seither weitgehend stabil.

Gegen europäische Regelung der Steuern und Abgaben

Frage: "Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was man in Zukunft europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11029

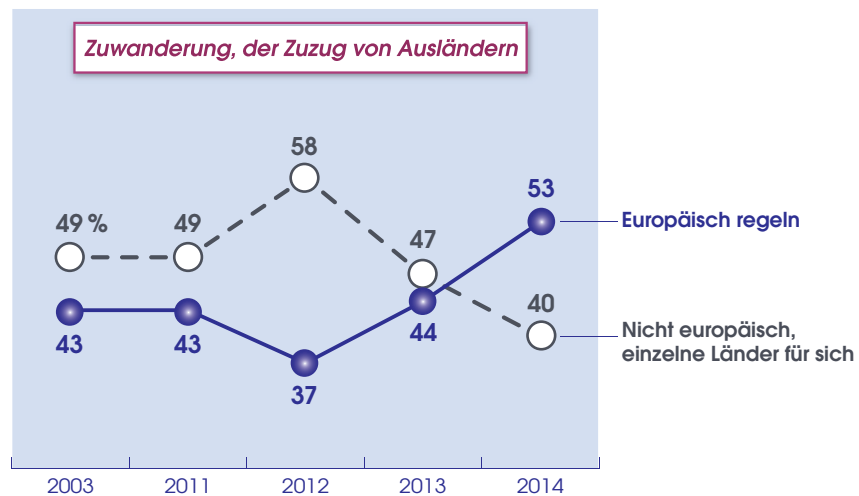
© IfD-Allensbach

In einem Bereich hat sich die Bereitschaft der Bürger, Kompetenzen auf die europäische Ebene zu verlagern, signifikant erhöht, und zwar in Bezug auf die Regelung der Zuwanderung. Zwischen 2003 und 2013 sprachen sich jeweils zwischen 37 und 44 Prozent dafür aus, die Zuwanderung auf europäischer Ebene zu regeln. Es überwog – mal mehr, mal weniger ausgeprägt – die Präferenz für eine nationale Zuständigkeit. Aktuell sprechen sich jedoch 53 Prozent für eine europäische Regelung aus, lediglich 40 Prozent votieren für isolierte nationale Lösungen. Hier gibt es einen parteiübergreifenden Konsens, mit Ausnahme der Anhänger der AfD, von denen die Mehrheit für eine nationale Regelung plädiert.¹

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabellen 12 und 13

Wachsende Unterstützung für eine europäische Zuwanderungsregelung

Frage: "Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was man in Zukunft europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11029

© IfD-Allensbach

Insgesamt hat die Mehrheit der Bürger wenig Sorge, dass deutsche Interessen in der EU generell zu kurz kommen könnten – trotz des Eindrucks, dass die europäische Ebene teilweise zu viel reguliert. Drei Viertel der Bevölkerung sind jedoch überzeugt, dass Deutschland großen oder sogar sehr großen Einfluss in der EU hat. Die politisch Interessierten sind davon noch mehr überzeugt als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Großer Einfluss

Frage: "Wie sehen Sie das: Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt	Politisch Interessierte
	%	%
"sehr groß"	21	28
"groß"	54	55
"weniger groß"	14	12
"gar nicht groß"	2	2
Unentschieden, keine Angabe	9	3
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11029

© IfD-Allensbach

Die Mehrheit der Bürger ist auch damit zufrieden, wie die Bundesregierung diesen Einfluss nutzt und die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt. 53 Prozent sind damit insgesamt zufrieden, 28 Prozent weniger zufrieden und nur 4 Prozent völlig unzufrieden. Dies ist im Vergleich der letzten vier Jahre die positivste Bilanz; 2010 und insbesondere nach der Eskalation der Krise in der Euro-Zone im September 2011 überwog die Kritik an der Vertretung deutscher Interessen in der EU deutlich.

Wachsende Zufriedenheit mit der Interessenvertretung durch die Bundesregierung

Frage: "Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt? Sind Sie damit ..."

	Nov. 2010	März 2011	Sept. 2011	Juli 2012	Sept. 2014
	%	%	%	%	%
"sehr zufrieden"	2	2	1	4	5
"zufrieden"	37	40	27	42	48
"weniger zufrieden"	38	36	45	35	28
"gar nicht zufrieden"	6	8	13	7	4
Unentschieden, keine Angabe	17	14	14	12	15
	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11029

© IfD-Allensbach

DIE AGENDA DER BÜRGER FÜR DIE EU

Die Vorstellungen der Bürger, worum sich die EU zurzeit besonders kümmern sollte, machen erneut deutlich, dass die Mehrheit auf bestimmten Politikfeldern durchaus bereit ist, der europäischen Ebene erhebliche Gestaltungsrechte zu geben. So spricht sich die große Mehrheit dafür aus, dass sich die EU besonders darum kümmern sollte, die wirtschaftlichen Probleme in der Euro-Zone zu bekämpfen und hier insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit; zwei Drittel fordern, dass Flüchtlinge und Asylbewerber von der europäischen Ebene ausgewogener auf die Mitgliedsländer verteilt werden sollten. Annähernd 60 Prozent wünschen sich von der europäischen Ebene eine einheitliche europäische Datenschutzrichtlinie, 57 Prozent eine gemeinsame Außenpolitik.

Knapp jeder Zweite hält es zurzeit für wichtig, dass sich die europäische Ebene besonders um die Vereinheitlichung der Bildungssysteme und Bildungsabschlüsse kümmert; dagegen möchten nur 26 Prozent die Höhe von Steuern und Abgaben in den Mitgliedsländern einheitlich regeln. Eine beträchtliche Rolle spielt auch das Thema Ukraine in der europapolitischen Agenda der Bürger: Immerhin 40 Prozent halten es für besonders wichtig, dass die EU die Ukraine politisch und wirtschaftlich unterstützt; eine militärische Unterstützung favorisieren dagegen nur 8 Prozent. 35 Prozent halten es auch für wichtig, dass die EU bei internationalen Konflikten und Krisen generell mehr Verantwortung übernimmt. Die an Europa-Politik interessierten Bevölkerungskreise weisen der EU alle diese Aufgaben weit überdurchschnittlich zu. So plädieren 46 Prozent der an Europa-Politik Interessierten dafür, dass die EU generell bei internationalen Konflikten und Krisen mehr Verantwortung übernehmen sollte. 48 Prozent fordern eine stärkere politische und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine, 73 Prozent eine gemeinsame Außenpolitik.

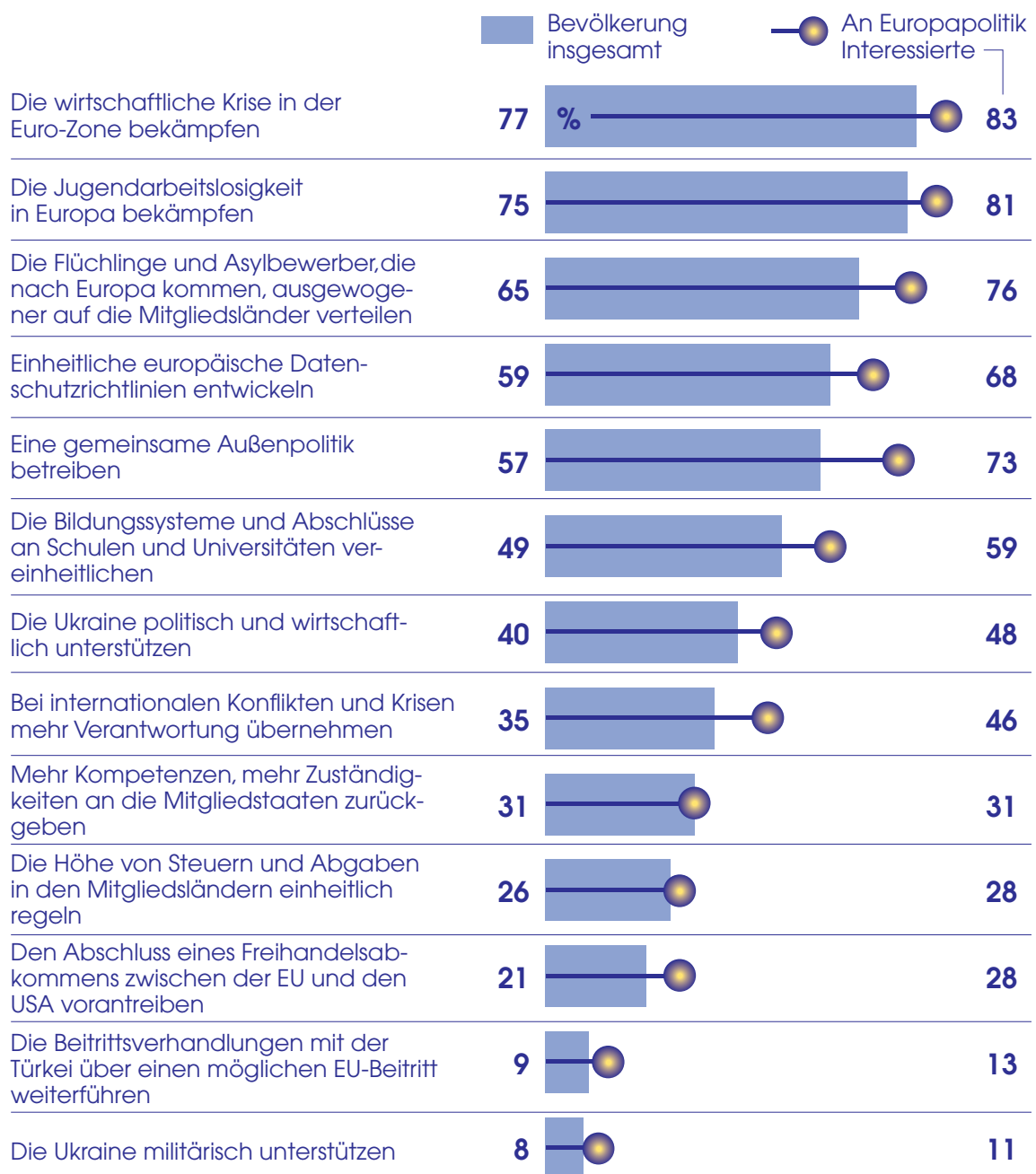
Das derzeit viel diskutierte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ist dagegen in den Augen der großen Mehrheit von untergeordnetem Stellenwert. Lediglich jeder Fünfte und auch nur 28 Prozent der an Europa-Politik Interessierten halten es für besonders wichtig, dass die EU den Abschluss des

Freihandelsabkommens vorantreibt. Untersuchungen zur Reaktion der Bevölkerung auf das Projekt des Freihandelsabkommens zeigen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung davon Kenntnis genommen hat – ein ungewöhnliches Ergebnis bei derartigen Themen. Gleichzeitig belegen die Untersuchungen, dass diejenigen, die die Medienberichterstattung über das Freihandelsabkommen intensiver verfolgt haben, diesem Vorhaben weit überwiegend kritisch gegenüberstehen, während das Meinungsbild in der übrigen Bevölkerung weitgehend offen ist.¹

¹ Köcher, Renate: Gestörte Beziehung, in: WirtschaftsWoche Nr. 35 vom 25. August 2014, S. 33

Die Agenda der Bürger für die EU

Frage: "Was meinen Sie: Worum sollte sich die EU derzeit besonders kümmern, was finden Sie besonders wichtig? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."

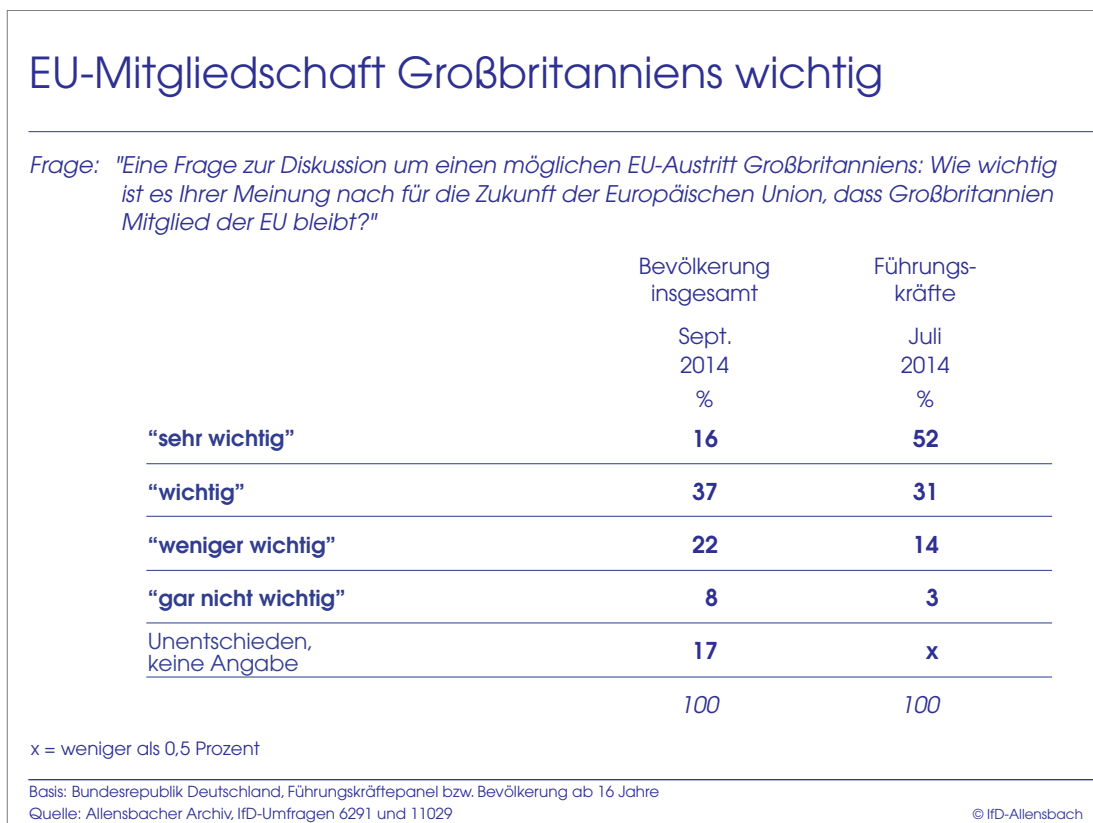


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11029

© IfD-Allensbach

In der aktuellen Untersuchung wurde auch ein möglicher EU-Austritt Großbritanniens thematisiert. Hier ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass es wichtig ist, dass Großbritannien Mitglied der Europäischen Union bleibt. Lediglich 30 Prozent messen der Mitgliedschaft Großbritanniens wenig oder gar keine Bedeutung bei. Eine Befragung von Führungsspitzen aus Wirtschaft und Politik im Sommer dieses Jahres zeigte, dass sie der Mitgliedschaft Großbritanniens noch weitaus größere Bedeutung beimessen, als dies die Bevölkerung tut. Insgesamt ist dies jedoch zweifellos für die Bevölkerung eher ein Low-Interest-Thema – anders als für die Führungsspitzen aus Wirtschaft und Politik.

Schaubild 25



Allensbach am Bodensee,
am 6. Oktober 2014

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

Wirtschaftliche Lage

Europäische Union

WAS KANN MAN ÜBER DIE EU SAGEN? HIER AUF DEN KARTEN IST VERSCHIEDENES AUFGESCHRIEBEN. WAS DAVON TRIFFT IHRER MEINUNG NACH AUF DIE EU ZU? LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 35)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1530	1109	421	744	786	266	328	434	502	786	744
VIEL BÜROKRATIE.....	78.9	79.8	74.9	82.5	75.5	67.7	80.1	81.9	81.8	82.0	75.7
VERSCHWENDET VIEL GELD.....	61.9	62.2	60.7	62.8	61.0	51.5	60.8	67.8	63.6	62.7	61.1
REGELT ZU VIEL, MISCHT SICH ZU SEHR IN DIE ANGELEGEN- HEITEN DER MIT- GLIEDSLÄNDER EIN....	58.4	59.0	55.4	60.0	56.8	49.8	52.4	63.6	62.8	57.7	59.1
GARANT FÜR FRIEDEN IN EUROPA.....	56.7	58.7	47.9	57.0	56.4	49.5	60.0	55.8	59.3	63.0	50.2
GROSSE WIRTSCHAFTS- KRAFT.....	56.3	57.0	53.6	60.7	52.1	56.1	60.4	54.1	55.6	62.8	49.7
NOTWENDIGER ZUSAMMENSCHLUSS, UM SICH GEGEN GROSS- MÄCHTE WIE USA UND CHINA ZU BEHAUPTEN..	52.1	53.0	48.3	56.6	47.8	45.1	55.2	51.7	54.3	62.2	41.7
UNDURCHSCHAUBAR, SCHWER ZU VERSTEHEN	49.5	49.7	48.8	47.7	51.3	46.5	48.8	52.1	49.6	44.7	54.5
SPIELT IN DER WELT- POLITIK EINE GROSSE ROLLE.....	45.0	46.2	40.0	43.8	46.2	48.7	42.9	47.3	42.3	49.1	40.8
GEMEINSCHAFT VON STAATEN, DIE NICHT VIELE GEMEINSAM- KEITEN HABEN.....	43.5	43.3	44.7	44.0	43.0	37.7	45.4	43.9	45.2	43.0	44.1
SCHWERFÄLLIG, UNFLEXIBEL.....	43.3	44.1	39.9	46.4	40.4	40.3	40.3	46.7	44.2	47.8	38.7
WIRD VON EINIGEN WENIGEN MITGLIEDERN DOMINIERT.....	43.1	44.2	38.2	46.9	39.5	38.0	44.7	43.5	44.6	49.7	36.2
ZU VIELE MITGLIEDS- LÄNDER.....	41.1	42.2	36.3	42.0	40.3	37.6	39.4	39.6	45.5	42.4	39.8
BRINGT VIELE VORTEILE FÜR DIE BÜRGER BZW. VERBRAUCHER.....	39.1	40.5	33.2	42.6	35.7	42.4	41.0	38.9	36.1	46.7	31.2

WAS KANN MAN ÜBER DIE EU SAGEN? HIER AUF DEN KARTEN IST VERSCHIEDENES AUFGESCHRIEBEN. WAS DAVON TRIFFT IHRER MEINUNG NACH AUF DIE EU ZU? LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 35)

	ANHÄNGER DER -						FINANZ. LAGE DES STAATES			AN EUROPAPOLITIK -	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	614	400	31	181	148	98	813	428	122	569	955
VIEL BÜROKRATIE.....	79.7	79.4	66.4	79.1	80.1	83.9	81.8	76.9	81.3	83.2	76.7
VERSCHWENDET VIEL GELD.....	61.1	62.4	37.5	58.1	66.9	75.8	60.6	62.1	77.9	61.1	62.5
REGELT ZU VIEL, MISCHT SICH ZU SEHR IN DIE ANGELEGEN- HEITEN DER MIT- GLIEDSLÄNDER EIN....	56.5	59.9	45.4	52.5	61.7	78.4	59.6	54.3	72.2	53.5	61.1
GARANT FÜR FRIEDEN IN EUROPA.....	63.1	61.8	49.9	53.7	42.0	31.1	64.3	51.8	40.2	66.7	51.2
GROSSE WIRTSCHAFTS- KRAFT.....	61.2	58.1	46.1	53.0	47.1	37.3	64.3	50.8	35.7	64.7	51.8
NOTWENDIGER ZUSAMMENSCHLUSS, UM SICH GEGEN GROSS- MÄCHTE WIE USA UND CHINA ZU BEHAUPTEN..	53.7	56.2	39.9	52.0	48.2	45.5	57.0	48.2	46.7	61.5	47.0
UNDURCHSCHAUBAR, SCHWER ZU VERSTEHEN	45.4	49.1	39.5	54.0	59.4	67.1	44.7	52.8	70.2	42.8	53.3
SPIELT IN DER WELT- POLITIK EINE GROSSE ROLLE.....	51.6	40.6	29.0	40.6	41.8	31.3	45.9	47.7	30.7	53.8	40.2
GEMEINSCHAFT VON STAATEN, DIE NICHT VIELE GEMEINSAM- KEITEN HABEN.....	40.7	43.7	37.4	42.1	51.9	57.9	41.5	45.0	50.4	40.8	45.0
SCHWERFÄLLIG, UNFLEXIBEL.....	40.1	42.5	25.3	45.1	51.3	61.2	43.8	44.3	51.8	48.0	41.0
WIRD VON EINIGEN WENIGEN MITGLIEDERN DOMINIERT.....	41.9	44.2	35.5	41.7	51.4	44.6	44.0	40.4	46.1	49.8	39.5
ZU VIELE MITGLIEDS- LÄNDER.....	38.3	45.3	39.9	36.4	42.0	52.1	41.2	39.8	49.2	41.5	40.9
BRINGT VIELE VORTEILE FÜR DIE BÜRGER BZW. VERBRAUCHER.....	44.7	37.0	33.8	38.7	37.4	20.2	44.8	33.1	28.6	50.2	33.0

WAS MEINEN SIE: WORUM SOLLTE SICH DIE EU DERZEIT BESONDERS KÜMMERN, WAS FINDEN SIE BESONDERS WICHTIG? BITTE SAGEN SIE
 ES MIR NACH DIESER LISTE. (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 38)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1530	1109	421	744	786	266	328	434	502	786	744
DIE WIRTSCHAFTLICHE KRISE IN DER EURO- ZONE BEKÄMPFEN.....	76.6	76.5	77.2	80.7	72.8	68.7	80.7	75.7	79.2	80.6	72.6
DIE JUGENDARBEITS- LOSIGKEIT IN EUROPA BEKÄMPFEN....	75.4	76.6	70.4	77.5	73.4	73.7	74.9	76.0	76.3	78.8	72.0
DIE FLÜCHTLINGE UND ASYLBEWERBER, DIE NACH EUROPA KOMMEN, AUSGEWOGENER AUF DIE MITGLIEDSLÄNDER VERTEILEN.....	64.7	67.5	52.8	65.3	64.1	58.3	58.9	67.5	69.7	72.3	56.8
EINHEITLICHE EURO- PÄISCHE DATENSCHUTZ- RICHTLINIEN ENTWICKELN.....	58.8	58.8	59.2	62.0	55.8	60.0	61.8	59.2	56.0	66.0	51.5
EINE GEMEINSAME AUSSENPOLITIK BETREIBEN.....	57.3	58.9	50.3	59.4	55.2	47.6	60.9	59.6	58.3	67.3	46.9
DIE BILDUNGSSYSTEME UND ABSCHLÜSSE AN SCHULEN UND UNIVERSITÄTEN VEREINHEITLICHEN....	49.2	49.8	46.5	51.2	47.3	48.7	46.1	54.3	47.1	53.8	44.4
DIE UKRAINE POLITISCH UND WIRTSCHAFTLICH UNTERSTÜTZEN.....	39.8	42.8	27.0	40.8	38.9	42.3	38.3	39.6	39.6	45.8	33.6
BEI INTERNATIONALEN KONFLIKTEN UND KRISEN MEHR VERANT- WORTUNG ÜBERNEHMEN..	34.7	36.0	28.9	37.8	31.6	33.0	33.5	36.7	34.7	42.2	26.9
MEHR KOMPETENZEN, MEHR ZUSTÄNDIGKEITEN AN DIE MITGLIED- STAATEN ZURÜCKGEBEN	30.7	31.0	29.2	30.8	30.6	24.8	33.8	33.6	29.5	29.6	31.7
DIE HÖHE VON STEUERN UND ABBGABEN IN DEN MITGLIEDSLÄNDERN EINHEITLICH REGELN..	26.0	23.4	37.4	27.9	24.2	24.1	24.2	26.9	27.6	28.5	23.4

WAS MEINEN SIE: WORUM SOLLTE SICH DIE EU DERZEIT BESONDERS KÜMMERN, WAS FINDEN SIE BESONDERS WICHTIG? BITTE SAGEN SIE ES MIR NACH DIESER LISTE. (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 38)

	ANHÄNGER DER -						FINANZ. LAGE DES STAATES			AN EUROPAPOLITIK -	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	614	400	31	181	148	98	813	428	122	569	955
DIE WIRTSCHAFTLICHE KRISE IN DER EURO- ZONE BEKÄMPFEN.....	80.7	78.5	79.2	74.3	68.1	62.8	80.2	76.4	68.0	83.3	73.1
DIE JUGENDARBEITS- LOSIGKEIT IN EUROPA BEKÄMPFEN....	76.6	78.5	64.6	76.0	74.3	60.6	80.9	68.4	66.5	80.8	72.5
DIE FLÜCHTLINGE UND ASYLBEWERBER, DIE NACH EUROPA KOMMEN, AUSGEWOGENER AUF DIE MITGLIEDSLÄNDER VERTEILEN.....	69.9	64.1	61.7	64.0	56.2	55.8	69.2	61.8	60.0	76.3	58.4
EINHEITLICHE EURO- PÄISCHE DATENSCHUTZ- RICHTLINIEN ENTWICKELN.....	59.4	59.4	36.1	65.7	61.2	49.2	62.0	58.2	52.7	68.0	54.0
EINE GEMEINSAME AUSSENPOLITIK BETREIBEN.....	59.9	59.5	50.8	64.1	54.7	36.4	63.0	50.9	50.1	73.2	48.6
DIE BILDUNGSSYSTEME UND ABSCHLÜSSE AN SCHULEN UND UNIVERSITÄTEN VEREINHEITLICHEN....	53.2	47.1	40.9	49.6	43.9	48.1	52.6	47.2	43.8	59.4	43.6
DIE UKRAINE POLITISCH UND WIRTSCHAFTLICH UNTERSTÜTZEN.....	46.3	41.2	37.0	39.8	21.0	22.2	43.0	35.8	30.9	47.8	35.6
BEI INTERNATIONALEN KONFLIKTEN UND KRISEN MEHR VERANT- WORTUNG ÜBERNEHMEN..	36.6	36.6	24.1	32.6	28.0	30.2	38.7	29.2	27.6	45.9	28.3
MEHR KOMPETENZEN, MEHR ZUSTÄNDIGKEITEN AN DIE MITGLIED- STAATEN ZURÜCKGEBEN	31.0	30.1	18.4	31.9	27.5	43.2	29.7	28.4	45.1	30.9	30.7
DIE HÖHE VON STEUERN UND ABBGABEN IN DEN MITGLIEDSLÄNDERN EINHEITLICH REGELN..	26.0	24.6	39.2	25.2	36.5	22.0	24.2	30.9	27.7	28.4	24.8

Europäische Währung

Sorgen der Bevölkerung

ES SOLL EINMAL UNTERSUCHT WERDEN, WAS DEN MENSCHEN HEUTE GROSSE SORGEN BEREITET, WAS SIE BEDRÜCKT. KÖNNTEN SIE DIESE LISTE BITTE EINMAL DURCHSEHEN. IST HIER ETWAS DABEI, VON DEM AUCH SIE SAGEN WÜRDEN: JA, DAS MACHT MIR GROSSE SORGEN? (LISTENVORLAGE) (FRAGE 4)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1530	1109	421	744	786	266	328	434	502	786	744
DASS MEINEM PARTNER, MEINEN KINDERN ODER ANDEREN ENGEN FAMI- LIENANGHÖRIGEN ETWAS ZUSTÖSST.....	57.8	58.0	56.6	51.2	64.0	47.7	65.7	59.4	56.8	56.3	59.2
DASS GEWALT UND KRIMINALITÄT ZUNEHMEN.....	54.5	54.3	55.5	49.1	59.7	45.9	51.5	51.1	64.4	56.9	52.1
DASS ICH IM ALTER PFLEGEBEDÜRFTIG WERDE.....	54.2	53.8	55.8	50.1	58.1	21.6	42.3	58.2	77.2	55.9	52.4
DASS DEUTSCHLAND IN MILITÄRISCHE KONFLIKTE HINEIN- GEZOGEN WIRD.....	53.9	53.6	55.3	50.8	56.9	43.6	56.2	52.2	59.7	58.5	49.2
DASS SICH MEIN GESUNDHEITZUSTAND VERSCHLECHTERT.....	53.9	53.8	54.3	50.7	57.0	25.8	39.5	55.1	78.4	54.6	53.1
DASS DIE KRANKEN- KASSEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBER- NEHMEN, DASS MAN IM KRANKHEITSFALL NICHT MEHR GUT VERSORGT IST.....	52.6	51.9	55.5	47.2	57.7	36.5	51.8	48.8	65.4	52.4	52.8
DASS DIE RENTEN NICHT SICHER SIND...	47.8	48.6	44.5	45.4	50.1	42.4	52.1	55.2	41.7	45.0	50.7
DASS DIE UMWELT IMMER MEHR GESCHÄDIGT WIRD.....	40.6	41.1	38.5	36.0	44.9	39.2	41.0	40.6	41.0	46.4	34.6
DASS ICH IM ALTER MEINEN LEBENS- STANDARD NICHT HALTEN KANN.....	39.3	38.7	41.8	40.0	38.5	34.7	43.7	49.6	30.1	38.3	40.2
DASS UNSERE LEBENS- MITTEL VERUNREINIGT ODER BELASTET SEIN KÖNNTEN.....	33.1	32.7	34.9	25.8	40.1	30.7	31.3	30.8	37.7	34.6	31.6

ES SOLL EINMAL UNTERSUCHT WERDEN, WAS DEN MENSCHEN HEUTE GROSSE SORGEN BEREITET, WAS SIE BEDRÜCKT. KÖNNTEN SIE DIESE LISTE BITTE EINMAL DURCHSEHEN. IST HIER ETWAS DABEI, VON DEM AUCH SIE SAGEN WÜRDEN: JA, DAS MACHT MIR GROSSE SORGEN? (LISTENVORLAGE) (FRAGE 4)

	ANHÄNGER DER -						FINANZ. LAGE DES STAATES			AN EUROPAPOLITIK -	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	614	400	31	181	148	98	813	428	122	569	955
DASS MEINEM PARTNER, MEINEN KINDERN ODER ANDEREN ENGEN FAMI- LIENANGHÖRIGEN ETWAS ZUSTÖSST.....	59.3	63.6	34.1	53.3	50.6	51.2	58.7	58.9	51.3	58.0	57.6
DASS GEWALT UND KRIMINALITÄT ZUNEHMEN.....	57.4	55.1	61.5	45.5	51.4	53.4	51.8	59.5	59.1	54.5	54.6
DASS ICH IM ALTER PFLEGEBEDÜRFTIG WERDE.....	58.6	56.0	46.0	45.0	51.0	46.9	52.8	57.4	63.5	58.0	52.2
DASS DEUTSCHLAND IN MILITÄRISCHE KONFLIKTE HINEIN- GEZOGEN WIRD.....	55.2	54.9	43.2	55.9	52.0	51.1	55.0	52.1	64.0	62.4	49.1
DASS SICH MEIN GESUNDHEITZUSTAND VERSCHLECHTERT.....	56.5	57.9	44.4	43.0	47.0	51.8	53.3	57.0	60.3	57.0	52.1
DASS DIE KRANKEN- KASSEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBER- NEHMEN, DASS MAN IM KRANKHEITSFALL NICHT MEHR GUT VERSORGT IST.....	54.8	55.1	38.2	44.7	53.2	47.7	51.9	53.2	56.0	53.6	52.3
DASS DIE RENTEN NICHT SICHER SIND...	49.0	50.1	25.2	48.6	43.9	48.6	46.6	51.5	54.7	44.6	49.7
DASS DIE UMWELT IMMER MEHR GESCHÄDIGT WIRD.....	39.0	39.7	40.6	55.3	51.9	27.8	39.9	44.3	32.8	49.8	35.4
DASS ICH IM ALTER MEINEN LEBENS- STANDARD NICHT HALTEN KANN.....	34.9	43.5	27.1	43.0	44.8	41.1	38.0	42.7	40.6	34.6	41.8
DASS UNSERE LEBENS- MITTEL VERUNREINIGT ODER BELASTET SEIN KÖNNTEN.....	30.4	35.3	31.2	43.0	33.6	36.6	30.7	37.5	35.1	36.6	31.3

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	561	212	773	Personen
B	548	209	757	Personen
Insgesamt	1109	421	1530	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 440 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 1. bis 11. September 2014 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.029

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.029 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage September 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	<u>9</u>	<u>9</u>	<u>9</u>	<u>9</u>
	100	100	100	100
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>
	100	100	100	100
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>
	100	100	100	100
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	22	22	22	22
45 - 59 Jahre	27	27	27	27
60 Jahre und älter	<u>33</u>	<u>33</u>	<u>33</u>	<u>33</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2012

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.029 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage September 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	61	60	61
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>40</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	14	14	14	14
Angestellte	37	37	36	37
Beamte	3	3	4	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	7	6	7
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>40</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	53	52	53
- Männer	26	26	26	27
- Frauen	26	27	26	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	<u>17</u>	<u>16</u>	<u>17</u>	<u>16</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	23	23	23	23
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	18	17	18	18
- 4 Personen	15	15	15	14
- 5 und mehr Personen	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>4</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2012

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11029
September 2014

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

1.	"Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung: T Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den nächsten 6 Monaten eher bergauf oder eher bergab geht?"	EHER BERGAUF 1 EHER BERGAB..... 2 WEDER NOCH, GLEICH BLEIBEN 3 UNENTSCHIEDEN 4
2. a)	"Zwei Fragen zu Ihrer wirtschaftlichen Lage: T Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaft- lich besser- oder schlechtergehen wird als heute, oder wird es in etwa gleich bleiben?"	BESSERGEHEN 1 SCHLECHTERGEHEN 2 WIRD IN ETWA GLEICH BLEIBEN 3 UNMÖGLICH ZU SAGEN 4
b)	"Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"	BESSER 1 SCHLECHTER..... 2 KEIN UNTERSCHIED 3
3.	INTERVIEWER überreicht blaue Liste 1 ! t "Es soll einmal untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen. Ist hier etwas dabei, von dem auch Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?" (Alles Genannte einkreisen!)	
	JA, und zwar: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 /	
		NEIN, NICHTS DAVON 0
4.	"Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, T also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finan- zielle Lage Ihrer Meinung nach zurzeit..."	"sehr gut" 1 "gut"..... 2 "nicht so gut" 3 "gar nicht gut" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
5.	"Wie ist Ihr Eindruck: T Wie erfolgreich bemüht sich die Bundesregierung darum, die Neuverschuldung zu reduzieren, also deutlich weniger neue Schulden aufzunehmen? Würden Sie sagen ..."	"sehr erfolgreich" 1 "einigermaßen erfolgreich" 2 "nicht sehr erfolgreich" 3 "gar nicht erfolgreich" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
6.	"Der Staat nimmt dieses Jahr mehr Steuern ein als erwartet. Wofür sollte man t Ihrer Meinung nach diese Mehreinnahmen verwenden: sollten damit vor allem Steuern gesenkt oder Staats- schulden abgebaut werden?"	STEUERN SENKEN 1 STAATSSCHULDEN ABBAUEN 2
	ANDERES, und zwar:.....	3
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
Nach einigen Zwischenfragen zu neutralen Themen:		
7.	"Einmal ganz allgemein gefragt: T Finden Sie, dass die Verhältnisse in Deutschland heute Anlass zur Beunruhigung bieten, oder finden Sie das nicht?"	BIETEN ANLASS 1 BIETEN KEINEN ANLASS 2 WEISS NICHT 3

An späterer Stelle im Interview:

8.	"Zum Thema Europa: T Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"	MEHR VORTEILE 1 MEHR NACHTEILE 2 GLEICHEN SICH AUS 3 WEISS NICHT 4
9.	"Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt? Sind Sie damit ..."	"sehr zufrieden" 1 "zufrieden" 2 "weniger zufrieden" 3 "gar nicht zufrieden" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
10.	"Wie sehen Sie das: T Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? Würden Sie sagen ..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
11.	INTERVIEWER überreicht hellgrünes Kartenspiel ! t "Was kann man über die EU sagen? Hier auf den Karten ist Verschiedenes aufgeschrieben. Was davon trifft Ihrer Meinung nach auf die EU zu? Legen Sie einfach die entsprechenden Karten heraus." (Alles Genannte einkreisen!)	
	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 /	
		KEINE ANGABE 9
12.	"Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was man europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten.	
a)	Zunächst: Welche Abschlüsse an Schulen und Universitäten vergeben werden, sollte das europäisch geregelt werden oder nicht?"	EUROPÄISCH REGELN 1 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 2 UNENTSCHIEDEN 3
b)	"Und bei den Arbeitsschutzbestimmungen, wie Arbeitszeiten, Sicherheit am Arbeitsplatz und Ähnliches?"	EUROPÄISCH REGELN 4 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 5 UNENTSCHIEDEN 6
c)	"Und wenn es darum geht, wer Anspruch auf Sozialleistungen hat und wie viel man bekommt? Sollte man das europäisch regeln, oder die einzelnen Länder für sich allein?"	EUROPÄISCH REGELN 7 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 8 UNENTSCHIEDEN 9
d)	"Wie ist es mit der Zuwanderung, dem Zuzug von Ausländern?"	EUROPÄISCH REGELN 1 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 2 UNENTSCHIEDEN 3
e)	"Und wenn es darum geht, wie viele Schulden ein EU-Mitgliedsland machen darf?"	EUROPÄISCH REGELN 4 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 5 UNENTSCHIEDEN 6

12. f) T	"Und wie ist es mit der Außen- und Sicherheitspolitik, sollte es da eine gemeinsame europäische Linie geben, oder sollten das die einzelnen Länder für sich regeln?"	GEMEINSAME EUROPÄISCHE LINIE... 7 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 8 UNENTSCHIEDEN 9
g)	"Und schließlich die Höhe der Steuern und Abgaben: Sollte das europäisch geregelt werden oder nicht?"	EUROPÄISCH REGELN 1 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 2 UNENTSCHIEDEN 3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

13. T	"Wie ist Ihre Meinung: Sollten die Länder der Euro-Zone in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten sie das nicht tun?"	BEFUGNISSE, ZUSTÄNDIGKEITEN ÜBERTRAGEN 1 SOLLTEN DAS NICHT TUN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

13. T	"Wie ist Ihre Meinung: Sollten die Länder der Euro-Zone, also auch Deutschland, in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten sie das nicht tun?"	BEFUGNISSE, ZUSTÄNDIGKEITEN ÜBERTRAGEN 1 SOLLTEN DAS NICHT TUN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------	---	--

14.	INTERVIEWER überreicht gelbe Liste 2 ! "Was meinen Sie: Worum sollte sich die EU derzeit besonders kümmern, was finden Sie besonders wichtig? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Alles Genannte einkreisen!)	
	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 /	NICHTS DAVON 0 KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

15. T	"Zum Euro: Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Würden Sie sagen ..."	"großes Vertrauen" 1 "weniger Vertrauen" 2 "kaum, gar kein Vertrauen" 3 UNENTSCHIEDEN 4
16. T	"Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?"	BRINGT VORTEILE 1 BRINGT NACHTEILE 2 GLEICHEN SICH AUS 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

15. T	"Zum Euro: Wie schätzen Sie das ein: Glauben Sie, dass es in 10 Jahren noch den Euro geben wird, oder haben Sie da Zweifel?"	WIRD EURO GEBEN 1 HABE ZWEIFEL 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
16. T	"Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"	WÜRD E BESSER DASTEHE N 1 WÜRD E SCHLECHTER DASTEHE N 2 GENAUSO GUT 3 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4

17.	"Glauben Sie, dass wir den schlimmsten Teil der Krise der Euro-Zone bereits hinter uns haben, oder glauben Sie, dass das Schlimmste noch kommt?"	BEREITS HINTER UNS 1 DAS SCHLIMMSTE KOMMT NOCH 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
-----	--	---

In der repräsentativen Halbgruppe A:

18.	"Eine Frage zur Diskussion um einen möglichen EU-Austritt Großbritanniens: Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Zukunft der Europäischen Union, dass Großbritannien Mitglied der EU bleibt? Halten Sie das für ..."	"sehr wichtig 1 "wichtig" 2 "weniger wichtig" 3 "gar nicht wichtig" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
-----	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

18.	"Eine Frage zur Diskussion um einen möglichen EU-Austritt Großbritanniens: Was glauben Sie, was ist für die EU besser: Wenn Großbritannien Mitglied der EU bleibt, oder wenn Großbritannien aus der EU austritt?"	MITGLIED BLEIBT 1 AUSTRITT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
19.	"Zur EU-Kommission: Neuer EU-Kommissionspräsident ist Jean-Claude Juncker aus Luxemburg. Haben Sie von Jean-Claude Juncker schon gehört, oder hören Sie von ihm gerade zum ersten Mal?"	SCHON VON IHM GEHÖRT 1* HÖRE ZUM ERSTEN MAL VON IHM 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
	<input checked="" type="checkbox"/> "Und wie ist Ihr Eindruck: Ist Jean-Claude Juncker als EU-Kommissionspräsident eine gute oder keine gute Wahl?"	GUTE WAHL 4 KEINE GUTE WAHL 5 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 6
20. a)	"Interessieren Sie sich für die Europapolitik, ich meine für die Entscheidungen, die in Brüssel oder im Europäischen Parlament in Straßburg getroffen werden, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH 1 INTERESSIERT MICH WENIGER 2 GAR NICHT 3
b)	"Und interessieren Sie sich für das aktuelle Geschehen und aktuelle Entwicklungen in anderen Mitgliedsländern der EU, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH 1 INTERESSIERT MICH WENIGER 2 GAR NICHT 3 KOMMT DRAUF AN 4

L I S T E 1

- (1) Dass meinem Partner, meinen Kindern oder anderen engen Familienangehörigen etwas zustößt
- (2) Dass es in Deutschland wirtschaftlich bergab gehen könnte
- (3) Dass es hier in der Gegend immer weniger Ärzte bzw. Krankenhäuser gibt
- (4) Dass Gewalt und Kriminalität zunehmen
- (5) Dass ich im Alter meinen Lebensstandard nicht halten kann
- (6) Dass unsere Lebensmittel verunreinigt oder belastet sein könnten
- (7) Dass sich mein Gesundheitszustand verschlechtert
- (8) Dass ich beruflich nicht vorankomme
- (9) Dass ich arbeitslos werden könnte
- (10) Dass die Umwelt immer mehr geschädigt wird
- (11) Dass es in Deutschland immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen gibt
- (12) Dass die Renten nicht sicher sind
- (13) Dass die Krankenkassen weniger Leistungen übernehmen, dass man im Krankheitsfall nicht mehr gut versorgt ist
- (14) Dass meine persönlichen Daten missbraucht werden könnten
- (15) Dass ich im Alter pflegebedürftig werde
- (16) Dass immer mehr Ausländer nach Deutschland kommen
- (17) Dass es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt
- (18) Dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen wird

L I S T E 2

- (1) Die wirtschaftliche Krise in der Euro-Zone bekämpfen
- (2) Die Ukraine politisch und wirtschaftlich unterstützen
- (3) Bei internationalen Konflikten und Krisen mehr Verantwortung übernehmen
- (4) Die Höhe von Steuern und Abgaben in den Mitgliedsländern einheitlich regeln
- (5) Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei über einen möglichen EU-Beitritt weiterführen
- (6) Einheitliche europäische Datenschutzrichtlinien entwickeln
- (7) Die Bildungssysteme und Abschlüsse an Schulen und Universitäten vereinheitlichen
- (8) Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen
- (9) Die Flüchtlinge und Asylbewerber, die nach Europa kommen, ausgewogener auf die Mitgliedsländer verteilen
- (10) Mehr Kompetenzen, mehr Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückgeben
- (11) Die Ukraine militärisch unterstützen
- (12) Eine gemeinsame Außenpolitik betreiben
- (13) Den Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA vorantreiben

**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten,
auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in
zufälliger Reihenfolge.**

1

Gemeinschaft von Staaten,
die nicht viele Gemeinsam-
keiten haben

2

Bringt viele Vorteile für die
Bürger bzw. Verbraucher

1

2

3

Hohe Lebensqualität

4

Garant für Frieden in Europa

3

4

5

Regelt zu viel, mischt sich
zu sehr in die Angelegenhei-
ten der Mitgliedsländer ein

6

Große Wirtschaftskraft

5

6

7

Schwerfällig, unflexibel

8

Notwendiger Zusammen-
schluss, um sich gegen
Großmächte wie USA und
China zu behaupten

7

8

6

Viel Bürokratie

9

01

Wird von einigen wenigen Mitgliedern dominiert

10

11

Verschwendet viel Geld

11

12

Solidarität zwischen den Mitgliedsländern

12

13

Spielt in der Weltpolitik eine große Rolle

13

14

Weltoffenheit, Toleranz

14

15

Trägt dazu bei, dass das Typische, das Besondere der einzelnen Länder immer mehr verloren geht

15

16

Undurchschaubar, schwer zu verstehen

16

Zu viele Mitgliedsländer

**Risiko für den Wohlstand in
Deutschland**